



DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



Das Parlament und die Pandemie

Debatte über die Rolle des Landtages in Corona-Zeiten

Anhörung

Experten und ihr
Blick auf Corona

Anregung

Per App an die
Orte der Demokratie

Anmerkung

Die Zitate des
Jahres 2020

03 Meldungen

Das Parlament und die Corona-Pandemie

05 „Zumutung“, „Schieflage“ – Stimmen aus dem Oktober

06 Experten raten zu regionalen Entscheidungen und mehr Mitsprache



Abgeordnete holten sich einen Tag lang den Rat von Fachleuten ein.

08 AfD ist jetzt ein „Zusammenschluss“

09 Notausschuss und Videokonferenzen

10 Rückblick 1988: Parlament und Verfassung werden reformiert

12 Corona im Plenum: EU-Kooperation bei der Gesundheit, Lage der Unis, „Novemberhilfen“, Planungsverfahren, Schleswig-Holstein geht Lockdown-Weg, Impfstrategie, „Nachgipfelkommunikation“

16 Im Zentrum: Mit der Demokratie-App die Geschichte des Landes entdecken



Das AKW Brokdorf war Schauplatz von Massendemonstrationen

18 Plenum: Neue Kredite belasten den Haushalt, mehr Respekt für Uniformierte, Reichsflaggen werden Symbole von Rechts-extremen, Diskussion über Klimaschutz, herrenlose Bankkonten

21 Die Seite für das Ehrenamt

22 Ausschüsse: Auch in Schleswig-Holstein könnte das Atommüll-Endlager entstehen, Bildungsoffensive gegen Verschwörungsmythen

24 Zitate des Jahres: zwischen Arbeitskreis und Zitronensaft



Vom Pult ins Protokoll – die bemerkenswertesten Sätze 2020

26 Leichte Sprache: Neue Nachrichten-Sendung für Menschen mit Behinderung

27 Personalien

28 Nachgehakt: Special Olympics, Hilfe für Werften, Regionalsprachen

29 Bücher: „Wir sind Klima“, „Männerrepublik“, „Home-Office“, Impressum

30 Im Porträt: Birgit Herdejürgen (SPD), Hartmut Hamerich (CDU)

31 Ins Bild gerückt: Zu Besuch im Landeshaus

32 Termine, Termine, Termine



Der Schnappschuss

Der Platz des frisch vermählten Sozialministers Heiner Garg (FDP) war in der November-Sitzung geschmückt. Die SPD-Abgeordneten Sandra Redmann und Birgit Herdejürgen hatten das Ballon-Herz mitgebracht.

ZÄHLBARES

41

So viele Debatten führte der Landtag zwischen Mitte März und Mitte Dezember über die Folgen der Corona-Pandemie. Darunter waren vier Regierungserklärungen.

Mehr zur Rolle des Parlaments in Corona-Zeiten ab Seite 5

Neue Demokratie-App gestartet

Eine App sowie Stelen und Plaketten sollen die „Orte der Demokratie“ im nördlichsten Bundesland mit Leben füllen. Landtagspräsident Klaus Schlie und Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber enthüllten Mitte Dezember die erste der Stelen, die sich an der Kiellinie vor dem Landeshaus befindet. Die schwarze Säule mit QR-Code erinnert daran, dass der

Landtag im Jahr 1950, vor 70 Jahren, seinen festen Sitz im „Haus an der Förde“ fand. Die Demokratie-App des Landtages informiert mit Bildergalerien und Audiobeiträgen über insgesamt elf Schauplätze denkwürdiger demokratischer Ereignisse in Schleswig-Holstein.

Mehr auf den Seiten 16 und 17



Karten für Kantine werden ausgezahlt

Wegen des Umsatzeinbruchs im Zuge der Corona-Pandemie haben die Pächter der Landtagskantine, Kai und Sandra Funck, ihren Pachtvertrag zum 31. Januar 2021 gekündigt. Externe Gäste, die noch im Besitz einer Bezahlkarte für das Restaurant „Asperge“ sind, haben die Möglichkeit, sich den darauf verbliebenen Betrag auszahlen zu lassen: montags bis freitags von 8:00 bis 11:00 und von 14:00 bis 16:00 Uhr.



Wind-Initiative sammelte doch genug Stimmen

Die 2017 gestartete Volksinitiative „Für die Durchsetzung des Bürgerwillens bei der Regionalplanung Wind“ hat doch ausreichend Unterschriften gesammelt. Das Innenministerium gab Anfang Oktober bekannt, dass die Initiatoren 20.204 Unterstützer gefunden haben. 20.000 sind erforderlich, damit sich der Landtag mit dem Anliegen befassen muss. Ursprünglich hatte das Innenministerium die Zahl der gültigen Unterschriften mit 19.678 angegeben. Dagegen hatten Vertreter der Volksinitiative geklagt und eine Nachzählung erreicht. Der Landtag bestätigte Ende Oktober das neue Zählergebnis. Zugleich unterstrich der Landtag seine rechtliche Position, wonach

die Initiative inhaltlich unzulässig sei. Das Ziel, Planungsentscheidungen ausschließlich nach dem Votum der betroffenen Gemeinde auszurichten, verstoße gegen das grundgesetzliche Gebot der „Abwägung jeweils aller betroffenen privaten und öffentlichen Belange“. So besagt es ein Landtagsbeschluss aus dem April 2018. Gegen diese Rechtsauffassung sind Vertreter der Volksinitiative vor das Landesverfassungsgericht gezogen. Der Landtag wird seine Rechtsposition in diesem Verfahren durch einen Verfahrensbevollmächtigten zum Ausdruck bringen. Das beschloss das Parlament Anfang Dezember einstimmig.

Wortwörtlich



„Es muss uns mit großer Sorge erfüllen, wenn nach Terroranschlägen Menschen bei uns in Kiel demonstrieren und sich nicht eindeutig von Terrorismus abgrenzen, wenn Demonstranten Transparente zeigen, die sich gegen Frankreichs Präsidenten Emmanuel Macron richten, weil er sich deutlich für Meinungsfreiheit ausgesprochen hat.“

(Tobias von der Heide, CDU)

...

„Laut Verfassungsschutz haben wir eine untere zweistellige Zahl an islamistischen Gefährdern in unserem Land. Schieben wir diese ab. Dann ist ein erster Schritt geschafft.“

(Claus Schaffer, AfD)

...

„Es braucht nicht nach jedem Anschlag erneut einen politischen Wettbewerb um die lauteste oder schrillste Forderung. Erst recht braucht es keine Rechten und Rassisten, die solche Anschläge nutzen, um ihr eigenes Süppchen zu kochen.“

(Ralf Stegner, SPD)

...

„Wir lassen die Angst, den Schrecken und die gesellschaftliche Destabilisierung durch islamistische Kräfte in unserer Gesellschaft nicht zu. Wir reagieren mit Mut, Aufklärung und sicherheitspolitischer Entschlossenheit.“

(Lasse Petersdotter, Grüne)

...

„Diese Anschläge geben Anlass zu größter Sorge. Sie zeigen, dass unter dem Deckmantel der Religion Terror verübt wird, um unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft anzugreifen, uns zu verunsichern und zu terrorisieren.“

(Jan Marcus Rossa, FDP)

...

„Es ist nicht nur der radikale Islamismus, der zu totalitären Verhältnissen führt, es ist jede Form von Radikalismus, auch von rechts oder links. Was in den letzten Tagen im Deutschen Bundestag passiert ist, ist Ausdruck dieses Radikalismus.“

(Lars Harms, SSW)

...

„Eine Religion mit Terror gleichzusetzen, ist genauso menschenverachtend wie der Terror selber. Islamisten berufen sich zwar auf den Islam, aber sie repräsentieren nicht die islamische Religionsgemeinschaft.“

(Innenministerin)

Sabine Sütterlin-Waack, CDU



Aus der Debatte am 20. November über die jüngsten islamistischen Anschläge in Dresden, Paris, Nizza und Wien.

Bürgerpreise nach Bad Oldesloe, Lübeck und ins Grenzland

Der Verein „Oldesloe hilft sich!“, die Obdachlosenhilfe Lübeck, der Bund Deutscher Nordschleswiger (BDN) und der Syd-slesvigsk Forening (SF) haben Mitte November die schleswig-holsteinischen Bürger- und Demokratiepreise 2020 erhalten.

Die Initiative von jungen Menschen aus Bad Oldesloe organisiert in Corona-Zeiten Hilfe für Ältere und für Angehörige von Risikogruppen. Dafür gab es den Preis in der Kategorie U 27. Als „Alltagshelden“ wurden die Lübecker Ehrenamtler gewürdigt, die mit ihrem „Herzenswärmebus“ Essen, Kleidung und Decken an Menschen verteilen, die auf der Straße leben. Zum 100. Jubiläum der deutsch-dänischen Grenzziehung

erhalten die Verbände der Minderheiten in Schleswig-Holstein und in Dänemark den Demokratiepreis für „ihre friedensstiftende Rolle im deutsch-dänischen Grenzland und ihre herausragenden Leistungen auf dem schwierigen Weg zu einem harmonischen Miteinander“. Die Preise werden jedes Jahr vom Landtag und vom Sparkassen- und Giroverband vergeben. Aufgrund der Corona-Beschränkungen gab es diesmal keine feierliche Gala. Die Gewinner wurden stattdessen in einer Livesendung von NDR 1 Welle Nord geehrt. Der NDR ist seit mehr als zehn Jahren Medienpartner des Bürgerpreises. Die Filmportraits der nominierten und ausgezeichneten Projekte sind im Internet zu sehen: www.buergerpreis-schleswig-holstein.de und www.ndr.de/sh



Die Bürgerpreisträger 2020 während der Live-Radiosendung aus der Kieler Sparkassenakademie: Maximilian Schug für „Oldesloe hilft sich“, Christian Zeikowsky für die Lübecker Obdachlosenhilfe, für den SF die Vorsitzende Gitte Hougaard-Werner und für den BDN der Hauptvorsitzende Hinrich Jürgensen

Meyer-Heidemann: politische Bildung ausbauen

Die politische Bildung muss gestärkt werden, um extremistisches Gedankengut zurückzudrängen. Das ist eine Kernaussage des aktuellen Tätigkeitsberichts, den der Landesbeauftragte für politische Bildung, Christian Meyer-Heidemann, Ende September vorgelegt hat. Meyer-Heidemann empfiehlt, das Schulfach Wirtschaft/Politik auszubauen, Kontakte zwischen Politik und Schulen zu intensivieren und die Gedenkstättenarbeit weiter zu professionalisieren. Zudem müssten die Kinder- und Jugendbeteiligung in den Kommunen erweitert und der Zugang von Menschen mit Behinderung zu Angeboten der politischen Bildung erleichtert werden.

Als besonders drängend bezeichnet der Landesbeauftragte die Förderung wirksamer Strategien gegen Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus sowie gegen Verschwörungserzählungen. Solche Einstellungen und Äußerungen seien „nicht mit demokratischen Werten vereinbar“, so Meyer-Heidemann: „Wir müssen im öffentlichen Diskurs ebenso wie im schulischen und außerschulischen Bildungsbereich diese Positionen aufdecken und mit guten Argumenten widerlegen.“ Der Landesbeauftragte berät den Landtag und die Landesregierung in Grundsatzfragen der politischen Bildung und veranstaltet überparteiliche Bildungsangebote. Der Bericht dokumentiert die Aktivitäten von Februar 2017 bis Juni 2020.

Zahlreiche Beschwerden von Kindern und Jugendlichen

615 Eingaben hat die Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche binnen zweier Jahre entgegengenommen. Das waren 2018 und 2019 fast 200 mehr als im ersten Berichtszeitraum 2016/2017, wie die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, Ende November bei der Vorstellung ihres Tätigkeitsberichtes betonte. Die Beschwerdestelle gehört seit 2016 zum Aufgabenbereich der beim Landtag angesiedelten Bürgerbeauftragten. Ein Grund für die Einrichtung der Stelle waren die Klagen von Jugendlichen über die Zustände in „Friesenhof“-Heimen in Dithmarschen. Die Heimaufsicht sei heute viel besser aufgestellt als damals, sagte El Samadoni.

Allein 247 Beschwerden in den Jahren 2018 und 2019 bezogen sich auf die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Heimen und Wohngruppen. Dabei ging es um das Verhalten von Betreuern ebenso wie um die hygienischen Bedingungen und den Einsatz von Überwachungstechnik. Es gab auch Beschwerden über Alkohol- und Drogenkonsum von Betreuern, über körperliche Übergriffe und Pöbeleien.

In 396 Fällen ging es um Konflikte mit den zuständigen Jugendämtern. So waren Mitarbeiter nicht erreichbar, Kinder, Jugendliche oder Eltern fühlten sich nicht ausreichend verstanden, oder beantragte Hilfen wurden nicht gewährt.

„Zumutung“, „Schieflage“, „Krisenmodus“: Debatte über Parlamente während der Corona-Zeit

Seit Anfang November gelten wegen der Corona-Pandemie erneut drastische Einschränkungen für die Wirtschaft und für das persönliche Lebensumfeld. Faktisch beschlossen wurden diese Auflagen von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und den 16 Landeschefs. Bundestag und Landesparlamente wurden erst im Nachhinein informiert. Corona sei ein „Stresstest für die parlamentarische Demokratie“, urteilt der Düsseldorfer Politikwissenschaftler Prof. Stefan Marschall, und auch in der Politik wurden kritische Stimmen laut. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) forderte, „dass der Bundestag seine Rolle als Gesetzgeber und öffentliches Forum deutlich machen muss, um den Eindruck zu vermeiden, Pandemiebekämpfung sei ausschließlich Sache von Exekutive und Judikative“.

Seine Stellvertreterin Claudia Roth (Grüne) sprach von einer „gefährlichen Schieflage“ und davon, dass die Regierung seit Monaten wesentliche Entscheidungen „am Bundestag vorbei“ treffe. Und Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) monierte im Vorwege, „dass diese Maßnahmen möglichst ohne Beteiligung der Parlamente ins Werk gesetzt werden sollen“. Auch im Landtag wurde über das Thema debattiert, etwa in der Aussprache zur Regierungserklärung von Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) Ende Oktober. Einen Tag zuvor hatten sich die Regierungschefs und die Kanzlerin auf den Teil-Lockdown verständigt.

Ministerpräsident Daniel Günther (CDU): „Ich weiß, dass im Moment für alle Parlamentarier vieles eine Zumutung ist, was die gesamten Abläufe und die Beteiligung angeht. Ich kenne die Rede von der ‚Stunde der Exekutive‘. (...) Ich finde, in Schleswig-Holstein machen wir, Parlament und Regierung, viel gemeinsam. (...) Wie viele der Maßnahmen, die wir getroffen haben, waren am Anfang parlamentarische Initiativen, die dann umgesetzt wurden!“



Oppositionsführer Ralf Stegner (SPD): „Ich bin froh, dass von engagierten Parlamentarierinnen und Parlamentariern – nicht zuletzt vom Bundestagspräsidenten – eine Debatte darüber angestoßen wurde, wie wir bei der Pandemiebekämpfung von der Dominanz der Regierungen wegkommen. Der Krisenmodus muss auch bezüglich der exekutiven Befugnisse zeitlich begrenzt werden. Und die Konferenz der Ministerpräsidenten und der Kanzlerin findet sich aus guten Gründen nicht im Grundgesetz wieder – Bundestag, Bundesrat und Landtage allerdings schon.“

Eka von Kalben (Grüne): „Es gibt keine einfachen Antworten, deshalb müssen wir immer bereit sein, Erkenntnisse zu überprüfen, zu revidieren und neue Entscheidungen zu treffen. Auch dabei hilft die Debatte im Parlament. (...) Deshalb sollten wir als Parlament zum Beispiel auch überlegen, ob wir nicht die Expertinnen und Experten, die die Regierung beraten, auch in den Landtag einladen, in einen unserer Ausschüsse, damit dem Eindruck, einige wenige fällten unüberlegte Entscheidungen, etwas entgegengesetzt werden kann.“

Christopher Vogt (FDP): „Es gibt zu Recht eine Debatte über eine Parlamentsbeteiligung. (...) In den letzten Jahrzehnten waren die Parlamente insgesamt viel zu wenig selbstbewusst, und unsere Verfassung sieht für die Parlamente eigentlich eine andere Rolle vor, als dies teilweise gelebt wird, um es einmal diplomatisch auszudrücken. Deswegen sage ich: Die Hauptaufgabe der Parlamente ist die Kontrolle. Das haben wir in Schleswig-Holstein gut gemacht.“

Lars Harms (SSW): „Dass wir heute hier doch bei relativer Einigkeit zwischen den Fraktionen gemeinsame Vorschläge zur Bewältigung der Corona-Herausforderungen vorlegen können, ist eine schleswig-holsteinische Besonderheit. In anderen Bundesländern tobt ein Kampf um die richtige Finanzierung der Corona-Hilfen. Da wird geklagt, und da wird mit allen Bandagen gekämpft. Regierung und Opposition liegen sich in diesen Bundesländern unversöhnlich in den Haaren.“

Im November hat der Landtag seine Sitzung auf zwei Tage verkürzt und einen ganzen Tag lang Experten zu verschiedenen Aspekten der Corona-Pandemie angehört. Zehn Fachleute aus ganz Deutschland waren im Plenarsaal dabei oder per Video zugeschaltet. Die Veranstaltung sei „ein in der Geschichte dieses Hauses einmaliger Vorgang“, betonte Landtagspräsident Klaus Schlie. Die Erkenntnisse sollen nun in den Ausschüssen weiter behandelt werden, „um uns und der Bevölkerung wichtige Antworten in einer schwierigen Zeit zu liefern“, so Schlie.

Anhörung 1: Verfassungsrecht

Mut zu „regionalen Entscheidungen“ und zu „mehr Parlament“ gefordert

Die Landesparlamente sollten bei der Bewältigung der Corona-Pandemie eine bedeutendere Rolle spielen als bisher. Das haben namhafte Verfassungsjuristen gefordert. Für eine stärkere Position der Parlamente gebe es rechtliche Grundlagen – insbesondere seit der Überarbeitung des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) durch Bundestag und Bundesrat, die in Berlin parallel zur Kieler Anhörung über die Bühne ging. An der umstrittenen Neufassung des IfSG übten die Experten teils scharfe Kritik, ebenso an der rechtlichen Handhabung der Corona-Krise durch den Bund und die Landesregierungen.

Florian Becker, Professor für öffentliches Recht an der Uni Kiel, beklagte die „Zentralisierung“ der Corona-Politik, die für Länder und Kommunen eine „freiwillige Aufgabe der eigenen Kompetenzen zugunsten einer Vereinheitlichung unter Aufsicht des nicht zuständigen Bundes“ mit sich bringe. Er appellierte an den „Mut zu eigenen regionspezifischen Entscheidungen“.

Zudem sei eine „Entparlamentarisierung“ zu beobachten, so Becker. „Alles, was die Regierung als Verordnung beschlossen hat, hätten Sie auch per Gesetz beschließen können“, hielt Becker den Abgeordneten vor. Das Argument, eine parlamentarische Beteiligung sei zu zeitaufwendig, hielt Prof. Uwe Volkmann aus Frankfurt am Main für nicht stichhaltig. Ein klassisches Gesetzgebungsverfahren sei „besser als eine Absprache zwischen Bund und Landesregierungen mit anschließender Verkündung der Ergebnisse auf einer Pressekonferenz“. Es schlage „jetzt wieder stärker die Stunde des Parlaments“, so Prof. Stephan Rixen von der Uni Bayreuth, denn das neue IfSG nehme die Länder stärker in die Verantwortung.

Kernpunkt des neuen Gesetzes ist der Paragraph 28 a, der die möglichen Beschneidungen im privaten und öffentlichen Leben präziser als zuvor benennt. Demnach können die Länder Abstandsgebote, Kontaktbeschränkungen, Geschäftsschließungen oder eine Maskenpflicht anordnen. Der FDP-Abgeordnete Jan Marcus Rossa monierte, dass das neue Gesetz keine Aussage enthalte, „welche Maßnahmen wann nötig sind“.

„Neues Gesetz ist Chance für die Parlamente“

Für die Parlamente biete der neue Paragraph aber eine Chance, so die Verfassungsjuristen. Prof. Becker sah die „Gesetzgebungskompetenz für den Landesgesetzgeber“ gestärkt: „Grundsätzlich hat das Parlament ein Zugriffsrecht.“ Prof. Rixen sprach sich dafür aus, „dass eine Parlamentarisierung der Pandemiebewältigung beginnt“. Und Prof. Volkmann schlug vor, die Corona-Verordnungen der Landesregierung „an die Zustimmung des Parlaments zu binden“. Dem Parlament stehe ein „Spagat zwischen Beteiligung und dem schnellen Handeln der Regierung“ bevor, merkte die Grünen-Abgeordnete Aminata Touré an.

Lars Harms (SSW) warf die Frage auf, in welchem Rahmen Demonstrationen in Zeiten von Corona ablaufen können. Mit Blick auf die „Querdenker“-Proteste merkte er an: „Die Leute verstehen nicht, dass es immer noch diese Demos gibt, obwohl die Ansteckungsgefahr dort besonders groß ist.“ Prof. Becker stellte klar: „Corona leugnen mag man für verrückt halten, aber verbieten darf man es nicht.“ Es dürfe aber Auflagen geben, um Gesundheitsgefährdungen zu vermeiden. Prof. Rixen empfahl, mit einem Demonstrationsverbot „extrem vorsichtig“ zu sein, denn die Demonstrationsfreiheit habe „einen hohen Symbolgehalt“. Das neue Infektionsschutzgesetz lasse „eine vollständige Untersagung“ einer Demo zu, kritisierte Prof. Volkmann, und das sei „verfassungsrechtlich höchst zweifelhaft“.



Die Menschen in Deutschland seien „ein großes Volk von Corona-Bekämpfern geworden“, so Prof. Florian Becker von der Universität Kiel. Auch diejenigen, „die am Infektionsgeschehen nur wenig beteiligt sind“, würden in „Mithaftung“ genommen.

Anhörung 2: Gesundheit

Vertreter des Gesundheitssystems mahnen: Nur mit strengen Maßnahmen sei das Virus beherrschbar.

Die leitende Amtsärztin des Gesundheitsamts Neumünster, Alexandra Barth, stellte klar: „Wenn die Einschränkungen lasch bleiben, werden wir auch in Schleswig-Holstein bald nicht mehr handlungsfähig sein.“ Sie warnte davor, sich angesichts der niedrigeren Infektionszahlen im Norden in Sicherheit zu wiegen. „Wenn wir in Deutschland einen Monat eine komplette Ausgangssperre haben, dann läuft sich die Epidemie tot.“ Dann könnten die Gesundheitsämter die Nachverfolgung noch auftretender Fälle gut bewältigen. Derzeit seien die Ämter am Limit, so Barth. Mit Hilfe der Bundeswehr sei man aber arbeitsfähig.

Der Direktor des Instituts für Klinische Molekularbiologie der Kieler Uni, Prof. Philip Rosenstiel, betonte, dass das nördlichste Bundesland in der Pandemie bislang wahrscheinlich Glück gehabt habe. Aber: „Auch in Schleswig-Holstein wird auf den Intensivstationen gestorben.“ Mit Blick auf erste Impfstoffe sagte Rosenstiel, es sei zu früh, Entwarnung zu geben nach dem Motto: „Nächsten Sommer ist alles gut.“ Impfstoffe würden möglicherweise erst im Winter kommenden Jahres ihre Wirkung komplett entfalten.

Anhörung 3: Soziales und Bildung

Isolation sei eine Gefahr für die Jüngsten, betonen Kinderärzte. Sie fordern, die Schulen offen zu halten.

Der psychische Druck auf Kinder und Jugendliche sei derzeit groß, sagte Prof. Kamila Jauch-Chara, ärztliche Direktorin des Zentrums für Integrative Psychiatrie in Kiel. Vor der Pandemie hätten 18 Prozent der jungen Leute angegeben, unter psychischer Belastung zu leiden, heute seien es 40 Prozent. Besonders betroffen seien diejenigen, die in beengten Wohnverhältnissen mit weniger als 20 Quadratmetern pro Person lebten: „Es gibt dann keine Rückzugsmöglichkeit.“ Deshalb sei es wichtig, die Schulen so lange wie möglich offen zu halten.

„Kinder und Jugendliche sind wenig gefährdet durch Corona“, sagte der Kinderarzt Ralf van Heek, Landesverbandsvorsitzender im Bundesverband der Kinder- und Jugendärzte. Andere Infektionen seien wesentlich gefährlicher für Kinder. Als „absolut undenkbar und lebensfremd“ bezeichnete er Überlegungen, Kindern vorzuschreiben, nur noch einen ihrer Freunde zu treffen. Tobias von der Heide (CDU) fragte, ob Schulen Infektionstreiber seien. Dies verneinten Jauch-Chara und van der Heek. Ob die Maskenpflicht an den Schulen gerechtfertigt sei, fragte Jörg Nobis (AfD). „Die Wirkung ist empirisch nicht gut untersucht“, antwortete van Heek. Die Erfahrung zeige aber, dass die Masken inzwischen auch „an den Grundschulen gut akzeptiert“ würden.

Der Kieler Krisenforscher Frank Roselieb kritisierte die „Holperer“ in der Kommunikation von Ministerpräsident Daniel Günther (CDU), der die Gastronomie Ende Oktober zunächst offenlassen wollte, dann aber auf den härteren Kurs der anderen Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin umschwenkte.

Anhörung 4: Wirtschaft

Schleswig-Holsteins Wirtschaft habe sich gut gehalten, aber die Politik müsse zielgenauer helfen – so das Fazit von Ökonomen.

„Wir brauchen eine konsistentere Gesamtstrategie als bisher“, sagte Prof. Henning Vöpel, Geschäftsführer des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts. Die derzeitigen Maßnahmen seien „sehr unausgegoren“, kritisierte auch Prof. Gabriel Felbermayr, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft. Besonders die „Novemberhilfen“ bezeichnete Prof. Felbermayr als „handwerklich höchst problematisch“. Kredite und Bürgschaften, so Prof. Vöpel, seien „Instrumente für kurze Perioden“. Besser wäre es gewesen, so die Experten, statt Umsatzausfälle Betriebsüberschüsse zu erstatten. Trotzdem war kurzfristige Hilfe notwendig, resümierten die Ökonomen. Als besonders positiv hoben sie das Kurzarbeitergeld hervor. Auch das schnelle Handeln der Politik zu Beginn der Krise im Frühjahr 2020 sei als Erfolg zu werten, antworteten sie auf die Frage des Abgeordneten Kai Vogel (SPD) nach der „positiven Seite des Corona-Schocks“.

Generell, so das Fazit Felbermayrs, sei Schleswig-Holstein mit einem Defizit von 3,8 Prozent gegenüber 6,6 Prozent im Bundesschnitt für das erste Halbjahr 2020 bislang vergleichsweise gut durch die Krise gekommen. Das sei damit zu erklären, dass es im Lande wenig Industrie gebe. Dort seien die Einbußen bundesweit besonders stark. Als Standort für Medizintechnik habe der Norden „auf das richtige Pferd gesetzt“. Zudem sei die Bevölkerung „disziplinierter als anderswo“.



Die Neumünsteraner Amtsärztin Alexandra Barth (auf der Leinwand) forderte strengere Schutzmaßnahmen. Andernfalls drohe eine Überlastung der Gesundheitsämter.

AfD-Abgeordnete bilden einen „Zusammenschluss“

Die drei AfD-Abgeordneten Jörg Nobis, Claus Schaffer und Volker Schnurrbusch firmieren seit Anfang November als „Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD“. Darauf hat sich der Ältestenrat verständigt. Der Vorsitzende des Zusammenschlusses, Jörg Nobis, nannte den Beschluss des Ältestenrates einen „guten ersten Schritt, dem weitere folgen müssen“.

Nach dem Austritt von Frank Brodehl aus der Landtagsfraktion im September hatte die AfD ihren Fraktionsstatus, der mindestens vier Mitglieder voraussetzt, verloren. Die drei verbliebenen AfD-Abgeordneten hatten sich daraufhin zu einer „Gruppe“ zusammenschlossen und beim Landtagspräsidenten „die Zuweisung von angemessenen Leistungen“ gemäß Fraktionsgesetz beantragt. Anders als im Bundestag ist in der Geschäftsordnung des Landtages und im schleswig-holsteinischen Fraktionsgesetz aber keine „Gruppe“ mit entsprechenden Rechten vorgesehen. Stattdessen ist von einem „Zusammenschluss“ die Rede. Diese Bezeichnung trugen beispielweise auch in den 1990er Jahren die verbliebenen Abgeordneten der damals aufgelösten DVU-Fraktion.

Dem Zusammenschluss der AfD-Abgeordneten steht das Rederecht zu drei Tagesordnungspunkten pro Plenartag zu. Die Redezeit beträgt vier Minuten bei Debatten, zu denen die Fraktionen jeweils fünf bis zehn Minuten sprechen. Steigt die Gesamtredezeit, wächst auch der AfD-Anteil. Darüber hinaus steht jedem AfD-Abgeordneten ein Kurzbeitrag zu jedem Tagesordnungspunkt offen.

Die AfD-Abgeordneten können weiterhin Anträge und Gesetzentwürfe einbringen. An Ausschusssitzungen können sie teilnehmen, dort Fragen stellen und Anträge einreichen. Das Stimmrecht haben sie jedoch nicht. Sie können nach wie vor Kleine Anfragen an die Landesregierung stellen. Einen Sitz im

Ältestenrat, dem Beratungsgremium des Landtagspräsidenten, der Vizepräsidentinnen und der Fraktionsvorsitzenden, hat der AfD-Zusammenschluss nicht.

Nach Auflösung der AfD-Fraktion befindet sich diese in Liquidation und wird juristisch abgewickelt. Der AfD-Fraktion standen jährlich rund 870.000 Euro zur Verfügung. Geldzulagen, unter anderem für den Fraktionsvorsitzenden und den Parlamentarischen Geschäftsführer, entfallen nun. Der Anspruch auf Dienstwagen erlischt ebenfalls. Der AfD-Zusammenschluss erhält nach einem Beschluss des Landtages aus dem November pro Jahr knapp 307.000 Euro. Darin enthalten sind die Hälfte des Grundbetrags für eine Fraktion und der hälftige Oppositionszuschlag. Die Grünen wollen die freigewordenen Mittel nach dem Wegfall des Fraktionsstatus der AfD für einen Landesaktionsplan gegen Rassismus bereitstellen.

Neue Sitzordnung im Plenarsaal: Die AfD-Abgeordneten Volker Schnurrbusch, Jörg Nobis und Claus Schaffer (v. li.) sitzen nebeneinander (hinten). Davor die ehemaligen AfD-Mitglieder Frank Brodehl (Mitte) und Doris von Sayn-Wittgenstein (rechts).



Warum gibt es Fraktionen?

Die Geschäftsordnungen der Parlamente messen den Fraktionen eine zentrale Stellung bei, denn erst durch das gemeinsame Auftreten der Abgeordneten wird parlamentarische Arbeit effektiv und berechenbar. Fraktionen haben die Aufgabe, politische Entscheidungen vorzubereiten, die Arbeit der Abgeordneten zu koordinieren und ihren Mitgliedern Hilfestellung zu leisten – etwa durch fachliche und rechtliche Beratung. Bei Abstimmungen treten die Angehörigen einer Fraktion in der Regel geschlossen auf. Die zuvor intern in häufig

kontroverser Diskussion gefundene Linie wird nach außen gemeinsam vertreten. Dies wird als „Fraktionsdisziplin“ bezeichnet. Die Mitglieder einer Fraktion gehören in der Regel derselben Partei an. Im Schleswig-Holsteinischen Landtag muss eine Fraktion aus mindestens vier Abgeordneten bestehen. Eine Ausnahme bilden die Abgeordneten des SSW, denen als Vertretung der dänischen Minderheit die Rechte einer Fraktion zustehen, unabhängig von ihrer Anzahl.



Notausschuss und Schnelltests sollen Handlungsfähigkeit sichern

Für extreme Ausnahmesituationen will der Landtag ein Notparlament in der Landesverfassung verankern. Ein Gesetzentwurf von CDU, SPD, Grünen, FDP und SSW sieht vor, dass ein Notausschuss gebildet werden kann, falls der Landtag aufgrund einer außergewöhnlichen Gefahr nicht handlungsfähig sein sollte.

„Im Notfall hat der Notausschuss als Notparlament die Stellung des Landtages und nimmt dessen Rechte wahr“, heißt es in dem Papier. Der Gesetzentwurf wurde im November an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen. Die Verabschiedung ist für Januar geplant. „Der Ausschuss darf nur die erforderlichen Maßnahmen treffen, um die Handlungsfähigkeit des Landes im Notfall zu sichern“, heißt es weiter. Die Befugnis, dem Ministerpräsidenten das Misstrauen auszusprechen oder die Verfassung zu ändern, soll ihm nicht zustehen. Wenn der Landtag wieder in voller Stärke zusammenkommt, kann er die Not-Entscheidungen nachträglich aufheben.

Als Notfall gelten laut dem Entwurf Naturkatastrophen, Seuchengefahr, besonders schwere Unglücksfälle oder eine drohende Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Landes. Wenn dem „unaufschiebbaren Zusammentritt des Landtages unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen“ und wenn „seine Beschlussfähigkeit nicht hergestellt werden kann“, dann soll der Ausschuss tagen. Stellt der Landtagspräsident offiziell den Notfall fest, dann muss das Landesverfassungsgericht dies binnen Tagesfrist bestätigen. Ist das der Fall, soll der Notausschuss sofort zusammentreten.

Um die Beschlussfähigkeit während der Corona-Pandemie zu gewährleisten, bietet der Landtag den Abgeordneten und ihren Mitarbeitern seit November vor jeder Sitzung Corona-Schnelltests an. Die zunächst vom Ältestenrat ausgesprochene Empfehlung, im Plenarsaal eine Maske zu tragen, wurde daraufhin abgemildert.

SSW war im Oktober in Quarantäne

Wegen eines Corona-Kontakts haben die SSW-Abgeordneten im Oktober nicht an der Sitzung des Landtages teilgenommen. Eine Person, mit der sich die SSW-Politiker in der Woche vor der Sitzung zum Gespräch getroffen hatten, war positiv auf Corona getestet worden. Ein Corona-Schnelltest fiel bei allen drei Abgeordneten negativ aus, wie der SSW mitteilte. Dennoch blieben Lars Harms, Jette Waldinger-Thiering und Christian Dirschauer in freiwilliger Quarantäne. „Nur auf diese Weise können wir der Inkubationszeit von rund 14 Tagen ab Erstkontakt Rechnung tragen“, sagte der Vorsitzende der Landtagsgruppe, Lars Harms.

In dieser Ausgabe stammen die Stellungnahmen der SSW-Abgeordneten aus der Oktober-Sitzung aus den Redemanuskripten, die die drei Abgeordneten zu Protokoll gegeben haben.



Hinweisschild vor dem Plenarsaal: Der Landtag will auch in Ausnahmesituationen arbeitsfähig bleiben.

Nach Ausbruch der Corona-Krise hatte der Landtag die Geschäftsordnung so geändert, dass im Notfall elf anwesende Abgeordnete ausreichen, um Gesetze zu beschließen. Die Kräfteverhältnisse der Parteien sollen dabei erhalten bleiben. Dieser Schritt sollte gewährleisten, dass das Parlament auch dann entscheiden kann, wenn viele Abgeordnete gleichzeitig an Covid-19 erkrankt sein sollten oder sich in Quarantäne befinden. Nur entspricht diese Regelung nicht der Verfassung: „Der Landtag ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist“, steht in Artikel 22. Daher soll die Notregelung in der Verfassung abgesichert werden, wofür eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich ist. Die Regelung soll Ende 2022 überprüft und zunächst bis Ende 2023 befristet werden.

Ausschüsse können per Videokonferenz tagen

Vor dem Hintergrund der andauernden Corona-Pandemie können öffentliche Ausschusssitzungen per Telefon- oder Videokonferenz stattfinden. Der Landtag hat im Oktober seine Geschäftsordnung einstimmig angepasst. Auch externe Sachverständige können an den Konferenzen teilnehmen. Anders als das Grundgesetz legt die Landesverfassung fest, dass Ausschusssitzungen in der Regel öffentlich stattfinden sollen. ParlaRadio oder der passive Zugang zu Videokonferenzen sollen die Öffentlichkeit der Sitzungen weiterhin gewährleisten.

Bis Anfang Dezember haben etwa ein Dutzend Ausschusssitzungen als Videokonferenz oder als gemischte Präsenz-Video-Veranstaltung stattgefunden. So gab es Ende November eine digitale Bürgersprechstunde des Petitionsausschusses. Ein Problem: Abstimmungen über Sachfragen erfordern nach wie vor die Präsenz der Ausschussmitglieder.

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Nach der Kieler Affäre wurde eine umfangreiche Parlamentsreform in Angriff genommen.

1988:

Der Landtag will mehr Kontrolle über die Regierung

Eine Verfassungs- und Parlamentsreform sei „die wichtigste Aufgabe für diese Wahlperiode“ – das betonte der SPD-Abgeordnete Heinz-Werner Arens im Juni 1988 im Landtag. Ziel müsse „eine wirksame Kontrolle der Regierung“ durch das Parlament sein, dazu „die Stärkung der Stellung des Landtages und die Verbesserung von Arbeitsweisen und Arbeitsbedingungen hier im Landtag“, so der damalige parlamentarische Geschäftsführer der Sozialdemokraten, der später, von 1996 bis 2005, Landtagspräsident war. Karl Otto Meyer vom SSW stieß ins gleiche Horn: „Wir haben alle in den letzten Jahren erkennen müssen, dass das Parlament in Schleswig-Holstein im Verhältnis zur Regierung nicht die Macht besessen hat, die dem Parlament als eine vom Volk gewählte Institution zugestanden hätte.“

Was war geschehen?

Schleswig-Holstein war 1987 in eine doppelte politische Krise geraten. Auslöser war die Spitzel- und Diffamierungskampagne aus der CDU-geführten Staatskanzlei gegen SPD-Spitzenkandidat Björn Engholm. Als die Affäre ans Licht kam, sank das Ansehen der Landespolitik in den Keller.

Hinzu kam: Der im September 1987 neu gewählte Landtag hatte mit der Landessatzung aus dem Jahr 1949 zu kämpfen, die für eine solche Ausnahmesituation keine Lösung bereithielt. Denn im Parlament gab es ein Patt zwischen den Blöcken CDU/FDP und SPD/SSW. Beide Lager hatten jeweils 37 Sitze. Ministerpräsident Uwe Barschel blieb zunächst im Amt, auch ohne eigene Mehrheit. Die Landessatzung sah den „ewigen Ministerpräsidenten“ vor: Ein Regierungschef brauchte nach einer Neuwahl des Parlaments nicht im Amt bestätigt zu werden.

Ministerpräsident soll nicht mehr „übermächtig“ sein

Um das Patt aufzulösen, strebten beide Lager Neuwahlen an, aber auch die waren laut Landessatzung nicht so einfach herbeizuführen. Denn der Antrag dazu musste vom Ministerpräsidenten kommen. Eine „Selbstauflösung“ des Parlaments aus eigener Kraft war nicht möglich. „Die Fraktionen einigten

sich dennoch, Neuwahlen herbeizuführen, auch ohne hinreichende Rechtsgrundlage“, beschreibt der Historiker Uwe Danker den Weg zur Landtagswahl im Mai 1988.

Es herrschte also Reformbedarf am schleswig-holsteinischen Grundgesetz, darin waren sich sowohl die neu gewählte SPD-Mehrheit als auch die CDU-Opposition einig. Wie weit die Eingriffe gehen sollten, blieb zunächst umstritten. SPD-Fraktionschef Gert Börnsen forderte einen „großen Wurf“, sein CDU-Gegenüber Heiko Hoffmann sprach dagegen von einer „behutsamen Fortentwicklung des parlamentarischen Systems“. Insgesamt drei Landtagsausschüsse legten nacheinander Vorschläge auf den Tisch. Der Untersuchungsausschuss zur Affäre von 1987 machte den Anfang, es folgte eine Enquete-Kommission, in der auch externe Experten vertreten waren, und schließlich ein Sonderausschuss mit Abgeordneten des Landtages.

In einem Punkt bestand rasch Einigkeit: Nach einer Wahl muss der Landtag einen Regierungschef wählen. Ein Verbleiben im Amt, unabhängig vom Wahlausgang, sollte es nicht mehr geben. Die „übermächtige Stellung“ des Regierungschefs, so Sozialdemokrat Arens, müsse „auf ein normales und angemessenes Maß reduziert“ werden. Ebenso unumstritten war „das Recht des Landtages, mit qualifizierter

Mehrheit die Beendigung der Wahlperiode zu beschließen“, so CDU-Mann Hoffmann.

Wie weit darf der Blick in die Akten gehen?

Unterschiedliche Perspektiven gab es jedoch bei der Frage, wie weit die parlamentarische Kontrolle der Regierungsarbeit gehen sollte. Konkret: Welche Akten soll die Regierung dem Parlament auf Anfrage vorlegen müssen – und welche Dokumente sollen als vertraulich gelten? Wie ausführlich sollen Regierungsberichte ausfallen? Sollen Minister und Staatssekretäre jederzeit vor einen Landtagsausschuss zitiert werden dürfen?

Viele Papiere aus den Ministerien seien bislang von „Schönfärberei“ geprägt, kritisierte Arens, und lägen „weniger im Interesse einer wirksamen parlamentarischen Arbeit und Kontrolle“. Er pochte auf das „notwendige Kontrollspiel zwischen Parlament und Regierung“. Der neue Ministerpräsident Björn Engholm mahnte hingegen zur Vorsicht. „Parlamentarische Kontrolle dürfe „nicht dazu führen, dass am Ende ein Verwaltungsapparat zu einem Drittel seiner Zeit nur mit der Aufbereitung von Akten für Anfrager beschäftigt wird“. Ein System, in dem zu stark in Regierungshandeln eingegriffen werde, „entspricht nicht meiner Auffassung“, so Engholm.

Klar sei, betonte CDU-Fraktionschef Hoffmann, dass „parlamentarische Kontrolle zumindest in der Öffentlichkeit in der Regel nicht vom Parlament als Ganzem, sondern von der Opposition ausgeübt wird“. In der Landessatzung von 1949 wurde diese besondere Rolle der Parlamentsminderheit jedoch nicht erwähnt. Eine Stärkung des Parlaments müsse also auch „Stärkung der Opposition“ bedeuten, so Hoffmann. Auch SPD-Landtagspräsidentin Lianne Paulina-Mürl empfahl, die Rolle der Opposition

hervorzuheben: Ihre Aufgaben seien „Kritik, Kontrolle und Alternative“, und sie sollte „das verfassungsmäßige Recht auf politische Chancengleichheit“ erhalten.

Opposition erhält Verfassungsrang

Die Landesverfassung wurde schließlich nach intensiven Debatten einstimmig beschlossen und löste am 1. August 1990 die Landessatzung ab. Sie enthielt zahlreiche Elemente, die die Abgeordneten diskutiert hatten. Der Landtag wurde als „oberstes Organ der politischen Willensbildung“ beschrieben. Die Amtszeit des Ministerpräsidenten wurde an die Dauer der Wahlperiode geknüpft. Eine ungerade Zahl von Abgeordneten wurde in der Verfassung verankert, um ein erneutes Patt im Parlament zu verhindern. Der Landtag bekam das Recht, sich mit Zwei-Drittel-Mehrheit aufzulösen und Neuwahlen herbeizuführen.

Die Landesregierung wurde verpflichtet, den Landtag über Gesetzesvorhaben oder Staatsverträge im Vorwege zu informieren. Die Ausschüsse tagen seitdem in der Regel

öffentlich. Dort muss die Regierung Akten „unverzüglich und vollständig“ vorlegen, wenn ein Viertel der Ausschussmitglieder dies wünscht – es sei denn, „Staatsgeheimnisse oder schutzwürdige Interessen Einzelner“ stehen dem entgegen. Die Opposition als „wesentlicher Bestandteil der parlamentarischen Demokratie“ und die Position des Vorsitzenden der größten Nicht-Regierungsfraktion als „Oppositionsführer“ erhielten ebenfalls Verfassungsrang.

Mit diesen Vorgaben sollte auch einem Funktionswandel des Landtages entsprochen werden – weg vom reinen Gesetzgeber und hin zu einem Kontrollorgan. „Zahlreiche Entscheidungs- und Gesetzgebungskompetenzen sind auf den Bund beziehungsweise auf europäische Institutionen übergegangen“, unterstrich Christdemokrat Hoffmann: „Neben der verbleibenden Gesetzgebungsbefugnis hat unser Landesparlament nach wie vor die Aufgabe politischer Willensbildung und Kontrolle.“ Deswegen sei es angebracht, „die Kontrolle von Regierung und Verwaltung in den Mittelpunkt zu stellen“. Und Landtagspräsidentin Paulina-Mürl kriti-

sierte den „Regierungsföderalismus“, der sich durch „nichtöffentliche Treffen, unter anderem zum Beispiel von Regierungschefs, Kabinetts-, Ressortminister- oder Fachreferentensitzungen“ auszeichne. Diese Beschreibung erinnert an die heutige Zeit: Auch die Corona-Krise gilt als „Stunde der Exekutive“, in der die Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin den Ton angeben.

Karsten Blaas



Der Sonderausschuss zur Verfassungs- und Parlamentsreform tagt. Links die SPD-Seite mit den Abgeordneten Rolf Selzer, Holger Astrup, Heinz-Werner Arens, Gabriele Kötschau und Manfred Sickmann (v. li.). Rechts die CDU (v. re.): Peter Aniol, Dieter Claußen, Meinhard Füllner, Heiko Hoffmann und Hans-Klaus Solterbeck. Nicht abgebildet: der Vorsitzende Gert Börmssen, Ursula Kähler und Udo Wnuck (alle SPD), Karl Otto Meyer (SSW) sowie Eberhard Dall'Asta und Irmlind Heiser (CDU). Neben der Stärkung des Landtages brachte der Ausschuss auch Volksinitiativen und Volksentscheide sowie die Gleichstellung der Geschlechter und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als Staatsziele auf den Weg.

Weniger Abhängigkeit von Medizin-Importen

Im Kampf gegen die Corona-Pandemie muss Europa enger zusammenrücken. Das haben Vertreter aller Fraktionen im Oktober gefordert. Eine zentrale Lehre aus der ersten Pandemie-Phase sei, dass die EU unabhängig von der Arzneimittelproduktion in Drittstaaten wie China werden müsse, so der Abgeordnete Bernd Heinemann.

Seine SPD-Fraktion hatte das Thema auf die Tagesordnung gesetzt. Heinemann machte sich für mehr gemeinsame Forschung und für grenzüberschreitende Perspektiven für Fachkräfte stark: „Wir brauchen die europäische Gesundheitsunion.“

Im Grundsatz stieß der SPD-Vorstoß auf breite Zustimmung. Die Mitgliedsstaaten müssten Medikamente und Ausrüstung gemeinsam beschaffen und „nicht in eine Konkurrenzsituation gehen“, mahnte Marret Bohn (Grüne). „Das Virus macht vor keinen Grenzen halt“, merkte Sozialminister Heiner Garg (FDP) an. Die EU baue bereits strategische Vorräte an medizinischer Ausrüstung auf, so Garg. Zudem stellte er klar: „Wir brauchen in Europa mehr Anreize für Unternehmen,

Arzneimittel und Arzneimittelrohstoffe in der EU zu produzieren.“ Der Europa- und der Sozialausschuss beraten das Thema weiter.

Warnung vor „Panikmache“ wegen Impfstoff

Auf breite Ablehnung stieß ein Antrag des Abgeordneten Claus Schaffer (AfD), der sich gegen die beschleunigte „Fast-Track-Zulassung“ von Corona-Impfmitteln wandte. „Lieber langsam und sicher als schnell und mit unbekanntem Nebenwirkungen“, so Schaffer. Hans Hinrich Neve (CDU) warf Schaffer vor, „Ängste schüren“ zu wollen. Die hohen deutschen und europäischen Qualitätsstandards würden nicht umgangen, sondern es werde Bürokratie abgebaut. Eine solche Beschleunigung sei bereits vor Corona überfällig gewesen. „Sie bedienen sich Verschwörungsfantasien“, sagte Dennys Bornhöft (FDP) an Schaffers Adresse, „als ob jemand vorhätte, nicht zugelassene Präparate an die Bevölkerung auszugeben“. Dies sei Deutschland und nicht Putin-Russland, unterstrich Bornhöft mit Blick auf das dort im Eilverfahren genehmigte Mittel „Sputnik V“.

Hochschulen im Hybrid-Semester, Studenten in Geldnot



Martin Habersaat (SPD): „Mehr psychische Probleme an den Unis“

Weniger soziale Kontakte und häufig Geldprobleme – Corona verlangt auch den Studenten einiges ab. Über die Lage im Lande und über eine bessere finanzielle Unterstützung debattierte der Landtag im Oktober.

Das Wintersemester ist ein Hybrid-Semester mit einer Mischung aus Präsenz- und Digitalveranstaltungen. Vorlesungen und Seminare in der Uni soll es vor allem für die 16.500 Erstsemester geben. Dazu gibt es Praktika, etwa für Mediziner. Auch Prüfungen finden vor Ort statt – vieles andere hingegen online. Das Land habe fünf Millionen Euro bereitgestellt, etwa „für die Umsetzung einer hochschulübergreifenden IT-Konzeption“, betonte Anette Röttger (CDU).

Wer sich aber darauf gefreut habe, so Bildungsministerin Karin Prien (CDU), „von zu Hause auszuziehen und einen neuen Lebensabschnitt zu beginnen“, der werde nun „kräftig ausgebremst“. Mögliche Folgen: Vereinsamung, Depression, Desorganisation. Martin Habersaat (SPD) forderte vor diesem Hintergrund mehr Präsenzunterricht: „Wenn Schülerinnen und Schüler täglich zur Schule gehen können oder müssen, dann bin ich davon überzeugt, dass wir es auch an der Hochschule hinbekommen.“ Das „Kohortenprinzip“ sei an der Uni nicht umsetzbar,



Bildungsministerin Karin Prien (CDU): „Schwierige Zeiten für Studierende“

erwiderte Lasse Petersdotter (Grüne): „Wenn ich zum Beispiel VWL und Philosophie studiere, mein Kollege studiert aber VWL und Sport, dann haben wir nicht mehr ganz solche Kohorten, wie wir sie in den Schulen vielleicht hinbekommen.“

Viele junge Menschen stehen zudem ohne Nebenjob da, weil die Gastronomie runterfahren musste. Zwar hat der Bund deutschlandweit 100 Millionen Euro Überbrückungshilfe vorgehalten. Doch im Lande hätten lediglich 35 Prozent der Antragsteller tatsächlich Geld bekommen, klagte Jette Waldinger-Thiering (SSW): „Das ist ganz schön wenig.“

Die SPD fordert deswegen eine erneute Bafög-Reform. Kernpunkte: Das Bundesausbildungsförderungsgeld soll unabhängig vom Einkommen der Eltern gezahlt werden, und die Altersgrenze, die in der Regel bei 30 Jahren liegt, soll wegfallen. „Wir leisten uns in Deutschland eine Studienfinanzierung, deren Beträge zu gering sind und die von zu wenigen Studierenden in Anspruch genommen werden kann“, so der Sozialdemokrat Habersaat. Christopher Vogt (FDP) sah das genauso: Zurzeit würden „gerade für diejenigen, die aus einem Nicht-Akademikerhaushalt kommen, unnötige Hürden aufgebaut“. Der Bildungsausschuss berät weiter.



Die Kontaktbeschränkungen legen einen Teil der Wirtschaft lahm – wie an der Promenade von Timmendorfer Strand. Die Politik will die Betriebe für ihre Umsatzeinbußen entschädigen.

„Novemberhilfen“: Gemeinsamer Einsatz in Berlin

Erleichterung und Kritik – so reagierte die Landespolitik im November auf die Aufstockung der Corona-Hilfen für die Wirtschaft. Der Bund will Betriebe, die im Teil-Lockdown infolge von Schließungen erhebliche Umsatzeinbußen erleiden, stärker als zuvor geplant fördern. Berlin habe erst auf massiven Druck auch aus Kiel seine Ursprungspläne nachgebessert, hieß es im Landtag.

Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP) und die Fraktionen zeigten sich erleichtert, dass der Bund bei den „Novemberhilfen“ für Unternehmen, die mittelbar von Betriebs-schließungen betroffen sind, inzwischen nachgelegt hat. Buchholz dankte Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) und der SPD-Landesvorsitzenden Serpil Midyatli für deren Einsatz auf Bundesebene. Mit viel Druck sei es gelungen, diese Unternehmen stärker als zunächst vorgesehen in die Hilfen einzubeziehen. Schleswig-Holstein hatte seine Zustimmung zum Teil-Lockdown samt Schließung von Gaststätten und Hotels für Touristen auch mit der Zusage des Bundes begründet, dass direkt und auch mittelbar betroffene Unternehmen zu einem erheblichen Teil für ihre Verluste entschädigt werden. Diese Zusage sah das Land zunächst nicht erfüllt. Die Bundesregierung hätte „generell besser vorbereitet sein müssen“, monierte Joschka Knuth (Grüne). Denn eine zweite Welle sei vorhersehbar gewesen, „und

damit auch die Notwendigkeit zu weiteren Hilfen“. Inzwischen hat die Bundesregierung reagiert. So soll die sogenannte Überbrückungshilfe III nicht mehr bei 50.000 Euro im Monat gedeckelt werden. Nun sind bis zu 200.000 Euro vorgesehen. Solo-Selbständige sollen einmalig bis zu 5.000 Euro als Betriebskostenpauschale bekommen. CDU-Fraktionschef Tobias Koch lobte den „wirklichen Verhandlungserfolg“ der Nord-Politik in Berlin. Der Erfolg habe viele Väter und Mütter, betonte die SPD-Abgeordnete Midyatli. Ob die 5.000 Euro für Soloselbständige ausreichen, sei für sie offen. Kay Richert (FDP) wiederholte

seine Forderung nach einem pauschalen Gehalt von 1.500 Euro für Solo-Selbständige rückwirkend ab März. Lars Harms (SSW) hob die parteiübergreifende Gemeinsamkeit in der Corona-Krise hervor: „Wir arbeiten zusammen, egal ob wir in Regierungsverantwortung sind oder als Opposition hier sind.“ Das gebe es nicht überall. Jörg Nobis (AfD) kritisierte die „Novemberhilfen“ als „Desaster“. Es dauere viel zu lange, bis die Betriebe die Hilfen beantragen könnten. Minister Buchholz zufolge wurden zur Abarbeitung der Hilfsanträge mehr als 130 Mitarbeiter aus mehreren Ministerien zusammengezogen.

Genehmigungsverfahren jetzt auch online

Der Landtag hat die Regelungen für Planungs- und Genehmigungsverfahren an die aktuelle Situation infolge der Covid-19-Pandemie angepasst. Die Gesetzesänderung, die im November einstimmig verabschiedet wurde, eröffnet „formwahrende Alternativen für Verfahrensschritte in Planungs- und Genehmigungsverfahren, bei denen sonst die Verfahrensberechtigten zur Wahrnehmung ihrer Beteiligungsrechte physisch anwesend sein und sich zum Teil in großer Zahl zusammenfinden müssten“.

Die Bekanntmachung von Unterlagen und anderen Informationen kann künftig über das Internet erfolgen. Als Ersatz für zwingend durchzuführende Erörterungstermine, mündliche Verhandlungen oder Antragskonferenzen wurden Online-Konsultationen eingeführt. Die von den Jamaika-Fraktionen angestoßene Neuregelung passt die landesrechtlichen Bestimmungen an Vorgaben des Bundes an. Die Regelung gilt bis zum Jahresende 2025.

Der Norden verschärft den Corona-Kurs

In der Woche vor Weihnachten sollen die Corona-Einschränkungen in Schleswig-Holstein drastisch verschärft werden. Das hat Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) Mitte Dezember im Landtag verkündet. „Wenn wir uns die Zahlen angucken, müssen wir feststellen, dass sie sich rasant entwickeln“, sagte Günther: „Wir müssen jetzt schnell handeln.“ Im Parlament gab es breite Unterstützung für den Kurs der Landesregierung. Der Landtag debattierte über den Corona-Kurs wenige Tage vor einer erneuten Video-Konferenz der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin sowie einer weiteren Sondersitzung des Parlaments. Beide Treffen fanden nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe statt.

Folgende Maßnahmen kündigte Günther an: Statt zehn Personen aus zwei Haushalten sollen nur noch maximal fünf Personen aus höchstens zwei Hausständen zusammenkommen dürfen. Ausgenommen sei nur die engste Familie. In den Schulen soll es ab der 8. Klasse keinen Präsenzunterricht mehr geben. Für die Klassen 1 bis 7 gilt der Appell an die Eltern, zu prüfen, ob ihre Kinder zu Hause bleiben können. Günther appellierte zudem an die Eltern, ihre Kita-Kinder zu Hause zu betreuen, sofern dies möglich sei. Die bereits zugesagte Möglichkeit, in schleswig-holsteinischen Hotels für Verwandtenbesuche über Weihnachten übernachten zu können, wurde wieder kassiert. Erlaubt seien nur noch Hotelübernachtungen aus beruflichen Gründen oder für Trauerfeiern. Außerdem wurden

Ausschank und Konsum von Alkohol in der Öffentlichkeit untersagt. Die Maßnahmen gelten zunächst bis zum 10. Januar. Dem Land stünden „vier harte Wochen“ bevor, so Günther, und es gebe keine Garantie, dass nach vier Wochen „der Spuk vorbei ist“. Der Corona-Impfstoff mache aber auch Hoffnung für das kommende Jahr. „Gemeinsam werden wir das schaffen“, warb der Regierungschef für Solidarität und für Akzeptanz der Einschränkungen.

„Wir unterstützen ausdrücklich die Generallinie der Landesregierung“, sagte SPD-Oppositionsführer Ralf Stegner: „Die Experten haben uns eindringlich vorgerechnet, wie viele Leute in den kommenden Monaten sterben werden, wenn wir nicht konsequent handeln.“

Stegner forderte erneut eine „Inzidenzampel“ mit festgelegten Maßnahmen bei bestimmten Infektionszahlen. Zudem machte er sich für weitere Überbrückungshilfen für die Wirtschaft stark: „Der Bund wird sich noch einmal engagieren müssen.“

„Schleswig-Holstein war stets konsequenter als andere“

Es sei nicht die Politik, die sich jeden Tag etwas neues ausdenke, betonte der CDU-Fraktionsvorsitzende Tobias Koch: „Es ist die Dynamik der Pandemie, die uns zum Handeln zwingt.“ Die Landesregierung habe stets „schnell und entschieden“ agiert, und dies erwarte er nun auch von den anderen Bundesländern, sagte Koch und nannte Berlin, Bayern, Sachsen und Thüringen als Negativbeispiele. „Weil wir von Anfang an konsequent waren, haben wir noch freie Kapazitäten in den Kliniken“, unterstrich Eka von Kalben (Grüne). Es mache keinen Spaß, das Land runterzufahren, so die Grünen-Fraktionschefin: „Niemand will Menschen die Existenz nehmen.“ Aber die getroffenen Maßnahmen reichten nicht aus, und „wir müssen die Kontrolle wieder erlangen“. Christopher Vogt (FDP) verwies darauf, dass Schleswig-Holstein im Vergleich niedrige Inzidenzzahlen und zugleich die bundesweit höchste Zustimmung zur Arbeit der Landesregierung habe: „Wir haben es meistens konsequenter gemacht als die Bundesländer, die es besonders nötig hätten.“ Einen „Alleingang“, etwa bei der Schließung des Einzelhandels, komme für ihn nicht in Frage, so Vogt, allein schon wegen der engen Verwobenheit mit Hamburg.

„So langsam aber sicher rollt eine Katastrophe auf uns zu“, stellte Lars Harms (SSW) fest: „Mir soll keiner damit kommen, das sei nur eine Grippe.“ Harms regte an, Schüler ab Klasse 8 ab dem 10. Januar in der ersten vollen Schulwoche nach den Ferien online zu unterrichten, damit sich eventuelle Ansteckungen auf Silvesterfeiern nicht weiterverbreiten. Jörg Nobis (AfD) forderte, die Maßnahmen „abgestimmt auf das konkrete lokale Infektionsgeschehen“ auszurichten und nicht die „Rasenmähermethode“ anzuwenden. Angesichts beständig niedriger Zahlen etwa in Nordfriesland, Schleswig-Flensburg oder Ostholstein seien „Maßnahmen mit Augenmaß“ gefragt.



In der Corona-Politik weitgehend einig: die Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD, Tobias Koch (li.) und Ralf Stegner

Impfungen im Lande sollen im Januar starten

Gesundheitsminister Heiner Garg (FDP) sieht das Land gut auf den Beginn der Corona-Impfungen vorbereitet. Sobald die europäische Arzneimittelagentur EMA den Impfstoff zugelassen habe und dessen Auslieferung erfolgt sei, werde mit dem Impfen begonnen, sagte der Minister Anfang Dezember im Landtag. Er rechne mit ersten Impfungen zum Jahresanfang 2021.

Die Impfungen müssen Garg zufolge nach Gruppen eingeteilt werden, da gerade zu Beginn nur eine begrenzte Menge an Impfstoff zur Verfügung stehe. Die Ständige Impfkommission hatte dazu eine erste Empfehlung gegeben. Demnach soll die Impfung zunächst Personengruppen mit hohem Risiko für schwere Krankheitsverläufe angeboten werden sowie Menschen, die beruflich besonders exponiert sind oder engen Kontakt zu Risikogruppen haben.

In Schleswig-Holstein werden voraussichtlich 29 Impfzentren eingerichtet. Anfang Januar soll vorerst je ein Zentrum pro Kreis und kreisfreier Stadt an den Start gehen. Die Impfung ist freiwillig und kostenlos. Wer sich impfen lassen möchte, müsse vorher einen Termin abstimmen, entweder über ein Onlineportal oder die Rufnummer 116 117 des ärztlichen Bereitschaftsdienstes, betonte der Minister. Die Starttermine für die einzelnen Gruppen würden „rechtzeitig über sämtliche öffentliche Kanäle“ kommuniziert. Die Impfbereitschaft in Norddeutschland ist laut einer repräsentativen Umfrage der Uni Hamburg mit 63 Prozent vergleichsweise hoch. Der Wert sei „jedoch noch nicht hoch genug

für eine Herdenimmunität“, bedauerte Katja Rathje-Hoffmann (CDU). „Jeder einzelne Impfstoff ist eine Chance, und diese Chance sollte jeder ergreifen“, appellierte Marret Bohn (Grüne). Christopher Vogt (FDP) wunderte sich über Leute, die keine Angst vor den Folgeschäden der Covid-19-Erkrankung, aber Angst vor Schäden durch die Impfung hätten: „Das

leuchtet mir nicht ein.“ Claus Schaffer (AfD) wandte ein, dass es „noch viele offene Fragen“ gebe. Die Aktion sei „das größte Humanexperiment der Geschichte“. Serpil Midyatli (SPD) zeigte sich besorgt über eine Einschätzung des Bundeskriminalamtes. Demnach sei es notwendig, Impfzentren zu schützen. „Es besteht die konkrete Gefahr, dass diese Orte zu Zielen von Corona-Leugnern, Impfgegnern und Verschwörungsideologen werden“, so Midyatli. Auch Christian Dirschauer (SSW) warnte vor Demonstrationen „von Menschen, die sich in den vergangenen Monaten unglaublich schnell radikalisiert haben“.



Test einer Corona-Impfung im künftigen Impfzentrum in den Husumer Messehallen Anfang Dezember. Bei dem Test wird geprüft, ob der Arbeitsablauf vom Eintreffen der Menschen, die geimpft werden sollen, bis zu ihrer Abfahrt klappt.

Längerer Lockdown: Kritik an „Überrumpelung“

Anfang Dezember haben die Ministerpräsidenten gemeinsam mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) die Corona-Einschränkungen bis zum 10. Januar verlängert. Zuvor war der 20. Dezember vereinbart worden. Die Verlängerung sei ohne Rücksprache beschlossen worden, monierte SPD-Oppositionsführer Ralf Stegner in einer Aktuellen Stunde Anfang Dezember. Er warf Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) „Überrumpelung von Parlament und Öffentlichkeit“ vor. Das Vertrauen der Bevölkerung sei ein „kostbares Gut“, das nicht gefährdet werden dürfe.

Kritik an der „Nachgipfelkommunikation“ der Landesregierung kam auch von Grünen, FDP, SSW und AfD. Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben rief den Ministerpräsidenten auf, auch die „Vorgipfelkommunikation“ auszubauen und das Parlament im Vorwege einzubinden. „Wir könnten die parlamentarische Beteiligung ausweiten“, so von Kalben, und es liege nicht an ihrer Fraktion, dass dies nicht geschehe. „Es wirkt nicht besonders souverän

und überzeugend, wenn bundesweite Vereinbarungen alle paar Tage immer wieder verändert werden“, kritisierte Christopher Vogt (FDP) die Aussagen verschiedener Ministerpräsidenten nach dem Bund-Länder-Gipfel. Auch er rief die Regierungen auf, sich vorher bei den Parlamenten die Zustimmung zu holen. Die Regierung habe „genügend Möglichkeiten“, die Abgeordneten zu informieren, betonte Lars Harms (SSW) – etwa in den Ausschüssen oder einfach „per

SMS an den Fraktionsvorsitzenden“. Er forderte „Zuverlässigkeit und Nachvollziehbarkeit“ bei der Kommunikation und bei den Maßnahmen. Claus Schaffer (AfD) hielt die „Entrüstung“ der anderen Parteien hingegen für „wenig glaubwürdig“. Die Parlamentsmehrheit habe der Landesregierung einen „Persilschein“ ausgestellt. Ministerpräsident Günther verteidigte sein Vorgehen. Er habe bereits im November angekündigt, dass es über Weihnachten und Neujahr keine Lockerungen geben werde, so Günther. Insofern habe stets „Planungssicherheit“ geherrscht. CDU-Fraktionschef Tobias Koch lobte den Ministerpräsidenten: „Wenn eine Entscheidung in der Sache richtig ist, dann ist es ein Gebot von Transparenz und Ehrlichkeit, das auch auszusprechen.“

Neues digitales Angebot: per App auf den Spuren der Demokratie

Wie ist die Demokratie in Schleswig-Holstein entstanden? Wo wurde um demokratische Rechte gerungen? Wer waren die Menschen, die sich dafür einsetzten? Die neue Erlebnis-App des Landtages lädt ein, selbst auf Spurensuche zu gehen. Und das, passend zu den besonderen Umständen dieser Zeit, ganz einfach von zu Hause aus: Das Projekt „Orte der Demokratie“ führt virtuell an unterschiedliche Schauplätze denkwürdiger Ereignisse aus den vergangenen 200 Jahren.



So funktioniert's:

Auf die virtuelle Entdeckungstour kann man sich per Smartphone begeben oder vom Computer aus über www.ortederdemokratie.sh. Als „Progressive Web App“ läuft das neue Angebot grundsätzlich auf jedem Gerät oder Browser und erscheint auf dem Handy-Bildschirm durch einfaches Hinzufügen als App. Auch in den üblichen App-Stores sind die „Orte der Demokratie“ in Kürze auffindbar – und natürlich über die Website des Landtages unter www.sh-landtag.de/service/orte-der-demokratie/

Elf Ereignisse an elf Orten, die für die Entwicklung der Demokratie in Schleswig-Holstein von Bedeutung waren, macht die App lebendig. Mit mehr als 100 Hörspielen, historischen Bildern, Grafiken und Landkarten kann man in die Geschichte dieser besonderen Orte eintauchen. Die Hörspiele, jeweils ein bis drei Minuten lang, wurden extra für die App produziert. Ein Quiz stellt das historische Wissen auf die Probe. Und wer die virtuelle um eine echte Spurensuche ergänzen möchte, kann über die Routenfunktion den kürzesten Weg zu den verschiedenen Orten im nördlichsten Bundesland finden. Vor Ort sind Stelen oder Plaketten mit QR-Code angebracht. Mit einem

Scan werden 3D-Objekte mit Überraschungseffekt freigeschaltet, die die historischen Ereignisse zum Leben erwecken. Die Liste der elf Orte ist nicht endgültig – die App lädt dazu ein, eigene Vorschläge zu unterbreiten. Die „Orte der Demokratie“ sollen einmal pro Jahr per Abstimmung erweitert werden. Den Orten, aber vor allem den Menschen, die sich dort für demokratische Rechte eingesetzt haben, sei das Projekt gewidmet, betont Landtagspräsident Klaus Schlie. Und Landtagsdirektor Utz Schliesky, der das Projekt initiiert hat, verweist auf die „vielen Wurzeln“ der schleswig-holsteinischen Demokratie: „Sie wurde nicht im Landeshaus in Kiel geboren.“



Ort der Demokratie: Prodeutsche Flensburger versammeln sich vor der Volksabstimmung 1920 auf dem Südermarkt.



Ort der Demokratie: Im April 1836 tagen erstmals die Provinzialstände für den Landesteil Schleswig im Schleswiger Rathaus. Das Foto stammt aus der Mitte des 19. Jahrhunderts.



Ort der Demokratie: Arbeiter und Soldaten demonstrieren 1918 am Gewerkschaftshaus in der Kieler Legienstraße.



Ort der Demokratie: Vor dem im Zweiten Weltkrieg zerstörten Rathaus auf dem Alten Markt in Kiel versammelt sich am 24. März 1848 die Provisorische Regierung Schleswig-Holsteins – dargestellt vom Maler Hans Olde.



Ort der Demokratie: Gedenkkreuz für Michael Gartenschläger an seinem Todesort am Dreieck Büchen: Der Aktivist wurde von DDR-Grenzsoldaten erschossen.

Die elf Orte

- **Rathaus Itzehoe**
Dort kommt ab 1835 das erste Parlament des Landesteils Holstein zusammen.
- **Rathaus Schleswig**
Der Ständesaal ist ab 1836 Tagungsort des Landtages für den nördlichen Landesteil.
- **Alter Markt Kiel**
Am 24. März 1848 wird dort die „Provisorische Regierung“ für Schleswig-Holstein ausgerufen.
- **Marktplatz Bredstedt**
Der Revolutionär Harro Harring proklamiert dort am 23. Juli 1848 den „Freistaat Friesland“.
- **Idstedt-Halle**
Die schleswig-holsteinische Erhebung scheidet nach einer verlorenen Entscheidungsschlacht gegen die Dänen.
- **Gewerkschaftshaus Kiel**
Im November 1918 ist dort eine Zentrale des Matrosenaufstandes gegen Krieg und Kaiserreich.
- **Innenstadt Lübeck**
Auch in der Hansestadt gehen Matrosen und Arbeiter im November 1918 gemeinsam auf die Straße.
- **Innenstadt Flensburg**
1920 werben Deutsche und Dänen um Stimmen für die Volksabstimmung zur Grenzziehung.
- **Landeshaus Kiel**
Seit 1950 kommt dort der Schleswig-Holsteinische Landtag zusammen.
- **AKW Brokdorf**
Die Baustelle wird ab 1976 zum Ort der größten Demonstrationen in der jüngeren Landesgeschichte.
- **Dreieck Büchen**
Der Aktivist Michael Gartenschläger will 1976 Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze abbauen und wird von DDR-Soldaten erschossen.

Kredite in Milliardenhöhe: Land will in der Krise investieren

In Folge der Corona-Pandemie hat der Landtag Ende Oktober eine milliardenschwere Neuverschuldung beschlossen. Das Paket beinhaltet eine Erhöhung der Kreditermächtigung um 1,3 Milliarden Euro zum Ausgleich von Steuermindereinnahmen im Jahr 2020. Zudem haben sich CDU, Grüne und FDP mit SPD und SSW auf mögliche Notkredite von 4,5 Milliarden Euro verständigt. Dies erforderte eine Zweidrittelmehrheit, die trotz coronabedingter Abwesenheit der drei SSW-Abgeordneten erreicht wurde.

„In welcher Höhe die Notkreditermächtigung wirklich in Anspruch genommen werden muss, wird die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Jahren zeigen“, sagte Finanzministerin Monika Heinold (Grüne). Erste Notkredite von einer Milliarde Euro hatte der Landtag schon im Frühjahr beschlossen. „Das sind gigantische Summen“, räumte Heinold ein. Gerade in dieser unsicheren Zeit sei es aber richtig, nicht gegen die Krise anzusparen, sondern zu investieren, Sicherheit zu geben und die Daseinsvorsorge aufrechtzuerhalten. „Wir bauen Krankenhäuser und Hochschulen, stärken den sozialen Wohnungsbau und sanieren die Schulgebäude“, listete Heinold auf. „Wir investieren in Innovation und Mobilität und setzen damit den Modernisierungskurs des Landes konsequent fort.“

SPD: „Wir haben viel erreicht“

Die SPD stimmte dem zu. „Wir sind als Opposition bereit, Jamaika die Hand zu reichen“, sagte die Finanzexpertin Beate Raudies, „denn jetzt steht die Bewältigung der Krise im Mittelpunkt.“ Sie verwies darauf, dass die Sozialdemokraten in den Verhandlungen mit der Koalition zahlreiche Punkte durchgesetzt hätten, etwa mehr Geld für den Schulbau, für Computer im Unterricht und für Ortskerne und Innenstädte. „Wir haben nicht alles erreicht, was wir uns gewünscht hätten“, so Raudies, aber die Beschlüsse brächten Verbesserungen für viele Menschen.

Der Löwenanteil an der Notkreditermächtigung entfällt mit 2,5 Milliarden Euro auf die Sanierung der Infrastruktur. 1,4 Milliarden Euro sind vor allem dafür reserviert, strukturelle Defizite 2021 und 2022 vollständig und 2023/24 zur Hälfte auszugleichen. Mit 425 Millionen Euro sollen die Kommunen unterstützt werden. 150 Millionen sind für Impf- und Testkapazitäten, Infektionsprävention und Gesundheitsschutz sowie zur Aufstockung eines Fonds für Härtefälle reserviert.

Der Schuldenberg des Landes wird nach den aktuellen Planungen von 29 Milliarden Euro im vorigen Jahr bis 2024 auf 38 Milliarden wachsen. Für die Tilgung der neuen Kredite sind bis zu 40 Jahre veranschlagt.

Die Notkredite seien aus tiefster Verantwortung für das Land notwendig, sagte Ole Plambeck (CDU): „Wir investieren in den Standort Schleswig-Holstein.“ Es stehe aber fest: „Je länger die Pandemie andauert, desto enger werden die finanziellen Möglichkeiten.“ Haushaltspolitik sei derzeit wenig planbar, betonte Lasse Petersdotter (Grüne). Dennoch lege Jamaika ein „sehr tragfähiges“ Zahlenwerk vor: „Die Koalition kommt auf ihrem Kurs voran, auch wenn zurzeit keine großen Sprünge möglich sind.“ Er dankte der Opposition: „Das Gesamtprogramm ist nicht schlechter geworden durch die Beteiligung der SPD.“



Annabell Krämer (FDP): „Land und Kommunen bleiben handlungsfähig.“

Haushalt 2021 ist auf dem Weg

Annabell Krämer (FDP) betonte, es gebe keinen Blankoscheck über 4,5 Milliarden Euro. Die Koalition hoffe, dass von den Kreditermächtigungen so wenig wie möglich in Anspruch genommen werden müssen. Sie forderte zugleich, der Staat solle sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren „anstatt sich allzuständig zu fühlen und den eigenverantwortlichen Bürger zu entmündigen“. Jamaika fahre das Land ins finanzpolitische Verderben, sagte Jörg Nobis (AfD). Die Koalition missbrauche die Feststellung einer Notlage, um sich auf Jahre mit frischem Geld einzudecken.

In Erster Lesung stand auch der Haushalt 2021 zur Debatte. Der Entwurf sieht Einnahmen von 13,3 Milliarden Euro und Ausgaben von 13,6 Milliarden vor. Die neuen Schulden sollen nach Plänen der Landesregierung bei 346,2 Millionen Euro liegen. Noch einmal 403 Millionen Euro sollen aus dem Notkredit in den Haushalt überführt werden. Der Haushaltsentwurf wird im Finanzausschuss sowie den weiteren Fachausschüssen beraten. Der Etat soll Ende Februar 2021 verabschiedet werden.



Lasse Petersdotter (Grüne): „Der Haushalt steht für Verlässlichkeit und Solidität.“

Gegen Schwarz-Weiß-Rot in der Öffentlichkeit

Im Grundsatz ist sich der Landtag einig: Die Farben des Kaiserreichs gehören heutzutage nicht in den öffentlichen Raum – weder auf Demonstrationen, noch auf den Balkon oder an den privaten Flaggenmast. Denn insbesondere Rechtsextremisten würden die ehemaligen Hoheitssymbole nutzen, um gegen die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik zu agitieren, hieß es im Oktober. Ein generelles Verbot sei jedoch schwierig.

Es geht um verschiedene Flaggen, die zwischen 1867 und 1935 im Gebrauch waren: um die schwarz-weiß-rote Reichsflagge und um diverse Kriegsflaggen, die zusätzlich den preußischen Adler oder das Eisernen Kreuz zeigen. Tobias von Pein (SPD) forderte ein bundesweites Verbot all dieser Symbole des „vordemokratischen Deutschland“. Wer diese Farben trage, der dürfe sich nicht beschweren, wenn er „mit Nazis, Nationalisten und Ewiggestrigen gleichgesetzt“ werde. Er erinnerte an die Kundgebung von Corona-Leugnern Ende August in Berlin, als Menschen mit Reichskriegsflaggen versucht hatten, die Treppe des Reichstags zu besetzen.

Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) mahnte eine rechtssichere Lösung an und verwies auf das Beispiel Bremen. Dort kippte das Verwaltungsgericht den Vorstoß des Senats, Flaggen zu konfiszieren und ein



Nationalsozialistische Symbole und Hakenkreuzflaggen sind bereits seit 1949 verboten. Inzwischen gelten aber die Farben des Kaiserreichs als Erkennungszeichen von Rechtsextremen.

Bußgeld zu verhängen. Geklagt hatte die NPD. Begründung: Das bloße Zeigen sei Ausdruck der Meinungsfreiheit, und die ist im Grundgesetz geschützt. Das Bremer Verbot habe sich also als „Bumerang“ erwiesen, denn in rechts-extremen Kreisen werde das Gerichtsurteil als Erfolg gefeiert, so die Ministerin. Sie werde das Thema mit in die Innenministerkonferenz nehmen, um eine bundeseinheitliche Lösung zu finden.

„Eine solche juristische Klatsche“ solle man sich in Schleswig-Holstein nicht abholen, mahnte Tim Brockmann (CDU). „Unsere

Politik muss vor Gericht Bestand haben, insbesondere gegen Neonazis“, unterstrich Lasse Petersdotter (Grüne). Jan-Marcus Rossa (FDP) erklärte, der SPD-Verbotsantrag schieße über das Ziel hinaus. Er sprach sich dafür aus, die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen. So sei es denkbar, Auflagen für Versammlungen zu erlassen. Eine „qualifizierte historische Expertise“ sei nötig, so Lars Harms (SSW), denn es bestehe ein Unterschied zwischen einer Kriegsflagge und einer abgeschafften Staatsflagge. Der Innen- und Rechtsausschuss berät das Thema weiter.

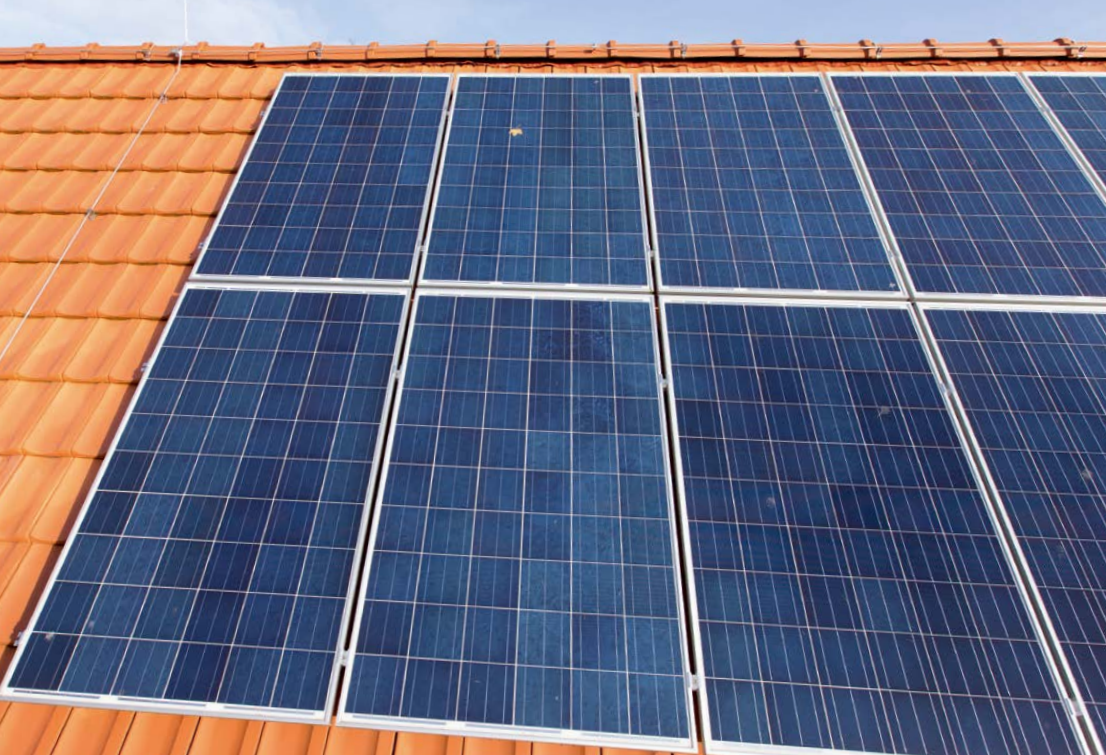
Mehr Anerkennung für Polizei und Rettungskräfte

Polizisten und andere Einsatzkräfte werden immer öfter beleidigt und angegriffen. Der Landtag will mit einer „Respektkampagne“ dagegenhalten. Härtere Strafen wurden im Oktober aber abgelehnt.

Der Landtag fordert eine breite gesellschaftliche Wertschätzung für Polizei, Rettungsdienst, Feuerwehr und andere Einsatzkräfte. Anlass des Appells ist die hohe Zahl von Beleidigungen, Bedrohungen und Gewaltakten gegen Uniformierte. Um gegenzusteuern, soll es eine öffentliche „Respektkampagne“ geben, und die Übergriffe sollen in einer Studie aufgearbeitet werden. Auch die Ausbildung und die Schutzausrüstung

sollen verbessert werden. Das besagt ein Jamaika-Antrag, der an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen wurde. Angestoßen hatte die Debatte Claus Schaffer (AfD). Er forderte, das Mindeststrafmaß für Attacken auf Polizisten von drei auf sechs Monate zu erhöhen. Die Angriffe richteten sich „immer auch gegen unsere demokratisch verfasste Gesellschaft“, so Schaffer. Sein Vorstoß stieß auf breite Ablehnung. Strafverschärfungen hätten „gerade bei affektgesteuerten Handlungen“ keine Wirkung, betonte Burkhard Peters (Grüne). Lars Harms (SSW) erinnerte daran, dass die Höchststrafe „für schlimme Vergehen“ fünf Jahre betrage.

Jörg Hansen (FDP) verwies auf „Beispiele aus dem Blaulichtalltag“ wie Beschimpfungen, Widerstandshandlungen oder Gaffen an Unfallstellen. Eine öffentliche Kampagne und verstärkte Präventionsarbeit seien die passende Antwort. „Wir wollen, dass Gewalt gegen Einsatzkräfte noch stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt wird“, sagte Tim Brockmann (CDU). Laut Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) gab es im vergangenen Jahr im Norden 1.254 Fälle von Gewalt gegen Polizisten. 377 Beamte seien dabei verletzt worden. Dies sei „unerträglich“. Kathrin Bockey (SPD) forderte „überzeugende Demokratieprojekte von Kindertagen an“. Dies verspreche mehr Erfolg als öffentliche Kampagnen.



Solaranlagen sollen nach Willen des Energiewendeministeriums auf viel mehr schleswig-holsteinischen Dächern zum Klimaschutz beitragen.

Streit über „ambitionierten“ Klimaschutz

Mit neuen gesetzlichen Regelungen will Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) den Klimaschutz im Lande vorantreiben. Er kündigte bis zum kommenden Sommer konkrete Vorschläge in den Bereichen Wärmeversorgung, Photovoltaik und Elektromobilität an. Damit soll das Energiewende- und Klimaschutzgesetz aus dem Jahr 2017 präzisiert werden. Schleswig-Holstein sei zwar vielfach bundesweit Spitze, so der Minister. Aber: „Wir müssen noch ambitionierter werden.“ Bei einigen Maßnahmen zeigten sich die Koalitionspartner CDU und FDP in der November-Sitzung allerdings skeptisch.

Nach Albrechts Vorstellung sollen größere Kommunen verpflichtet werden, Wärmepläne aufzustellen, um den Umstieg privater Haushalte auf erneuerbare Energien besser planen zu können. Beim Austausch einer Heizungsanlage in Gebäuden, die vor 2009 gebaut wurden, sollen mindestens 15 Prozent des jährlichen Energiebedarfs durch Erneuerbare gedeckt werden. Bei neu errichteten Parkplätzen mit mehr als 100 Stellplätzen soll ein Dach mit Photovoltaik ebenso zum Standard werden wie beim Neubau von Nichtwohngebäuden. Es soll weitere Anreize für Dachphotovoltaik auf Wohngebäuden geben, auf Landesliegenschaften soll Solarstrom zum Standard werden, und das Land will Car-Sharing-Projekte stärker fördern.

Es gehe um „einen Mix aus verbindlichen Vorgaben und vermehrten Anreizen“, betonte die Grünen-Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben. Oliver Kumbartzky (FDP) wandte sich jedoch dagegen, „den Menschen über Gebühr Pflichten aufzubürden“. Beim Ausbau der Photovoltaik müsse für Gewerbetreibende die Wirtschaftlichkeit im Vordergrund stehen: „Wir sind für eine Klimapolitik, die rechnen kann.“ Heiner Rickers (CDU) sperrte sich gegen einen „Wildwuchs bei der Freilandphotovoltaik“. Die Sonnen-Paneele gehörten „erst auf die großen Dächer“. Privathaushalte sollten dabei nicht belastet werden, so Rickers. Die Einwände der Koalitionspartner riefen erneut die Grünen von Kalben auf den Plan. Sie wandte sich dagegen, „rückwärts zu ziehen“. Beim Klimaschutz dürfe man nicht „immer nur betriebswirtschaftlich“ rechnen. Es seien auch die volkswirtschaftlichen Kosten zu beachten, etwa für Dürrehilfen, Küstenschutz, Sturm- und Hitzeschäden.

Das Klimaschutzgesetz der damaligen Koalition aus SPD, Grünen und SSW aus dem Jahr 2017 gibt das Ziel aus, die Treibhausgasemissionen im Lande um 55 Prozent bis 2030 und um 70 Prozent bis 2040 zu senken. Es enthalte bislang aber keine konkreten Maßnahmen, merkte CDU-Fraktionschef Tobias Koch an: „Wir wollen das nachholen, was die Vorgängerregierung versäumt hat.“ Sein SPD-Gegenüber Ralf Stegner nannte Albrechts Vorhaben hingegen „ambitionslos“ und „dürftig“. Auch Christian Dirschauer (SSW) sah das so: „Wenn wir wirklich etwas für die Energiewende und den Klimaschutz erreichen wollen, dann muss weitaus mehr getan werden.“ Dagegen wies Jörg Nobis (AfD) auf die „negativen Nebeneffekte“ der Energiewende hin: „Strom, Heizöl, Benzin und Diesel werden noch teurer werden.“

Milliarden „herrenlose“ Euros auf Bankkonten

Das Geld von verwaisten Bankkonten soll der Allgemeinheit zugutekommen. Darüber besteht breite Einigkeit im Landtag. Umstritten ist, welche Zwecke gefördert werden sollen. Jamaika will Start-ups fördern, die SPD bringt eine Stiftung zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus ins Spiel. Im Finanzausschuss geht die Diskussion weiter. Ziel ist eine Bundesratsinitiative.

Es geht um schätzungsweise zwei bis neun Milliarden Euro, die in Deutschland auf etwa 250.000 Konten liegen, deren Eigentümer nicht bekannt sind. Der Kontakt zur Bank ist nach einem Umzug abgebrochen, oder das Konto gehört Erben, die nichts von dieser Hinterlassenschaft wissen. Bislang geht das Geld an die Bank, wenn 30 Jahre lang keine Bewegung auf dem Konto verzeichnet wurde. Das Geld könne sinnvoller ausgegeben werden, als dass es in der Bank „versinkt“, so Lasse Petersdotter (Grüne). Allerdings sollen die Eigentümer ihr Anrecht auf das Geld behalten, auch wenn sie erst nach Jahrzehnten davon erfahren, wie Ole Plambeck (CDU) betonte: „Daran wollen wir nicht rütteln.“

Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

Kommunaler Finanzausgleich: Die Reform des Kommunalen Finanzausgleichs (FAG) ist nach jahrelanger Diskussion unter Dach und Fach. Zudem greift das Land den Kommunen unter die Arme und fängt die Steuerausfälle auf, die in Folge von Corona entstanden sind. Das Land musste die schleswig-holsteinischen Kommunen laut einem Urteil des Landesverfassungsgerichts finanziell besser ausstatten. „Diese Vorgaben setzen wir nun um“, sagte Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) im Oktober: „Die Größe des Kuchens wird an den tatsächlichen Bedarfen ausgerichtet“. Städte, Kreise und Gemeinden hätten nun finanzielle Planungssicherheit.

Die Ausgleichsmasse steigt ab 2021 um 65 Millionen auf gut zwei Milliarden Euro. In den Jahren 2022 bis 2024 sollen jeweils weitere fünf Millionen Euro dazukommen. Neu ist ein „Kinderbonus“ für jeden Unter-18-Jährigen, der in einer kreisfreien Stadt, einem Landkreis oder einer Gemeinde lebt. Dazu gibt es mehr Geld für Straßenbau, Infrastruktur, Schwimmbäder, Theater, Orchester, Büchereien, Flüchtlinge, Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen. Grundlage ist der „Stabilitätspakt“, den Land und Kommunen Mitte September ausgehandelt haben.

Die September-Steuerschätzung hat den Kommunen ein Gewerbesteuer-Minus von 184 Millionen Euro vorhergesagt. Diese Summe wollen Land und Kommunen jeweils zur Hälfte tragen, und zwar mit gut neun Millionen Euro pro Jahr bis 2031. Das Land gibt darüber hinaus 27,6 Millionen Euro dazu, die die Kommunen wiederum in den Jahren 2029 bis 2031 zurückzahlen sollen. Die Mindereinnahmen aus Lohn- und Einkommenssteuer will das Land ebenfalls übernehmen, bis zu einem Höchstbetrag von 110 Millionen Euro. Die „Teilschlüsselmasse“ für die Gemeinden beträgt nun 30,73 Prozent (bislang 30,79 Prozent), bei den Kreisen und kreisfreien Städten sind es

53,96 Prozent (bislang 53,66 Prozent), und die Zentralen Orte bekommen 15,31 Prozent (bislang 15,55 Prozent).

„Alle Kommunalgruppen gehören zu den Gewinnern“, betonte Ole Plambeck (CDU). Lasse Petersdotter (Grüne) nannte das Ergebnis ein „Beispiel, dass Jamaika Kompromisse finden kann, die eine breite Mehrheit vertreten“. Und Annabell Krämer (FDP) bilanzierte: „Wir werden unserer Verantwortung gerecht.“ Kai Dolgner (SPD) nannte das Papier hingegen „inhaltlich schwach“. Die SPD enthielt sich in der Schlussabstimmung und forderte, dass die Kommunen weiterhin verpflichtend von ihren Bürgern Straßenausbaubeiträge erheben sollen. Dafür wollten die Sozialdemokraten den Kommunen zusätzlich 20 Millionen Euro überweisen. Jamaika hatte es den Kommunen vor zwei Jahren freigestellt, diese Beiträge zu kassieren, und lehnte den SPD-Vorstoß ab.

Helfergleichstellung: Die Jamaika-Koalition will eine Lücke bei der Freistellung von Einsatzkräften der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr in Schleswig-Holstein schließen. Die Landesregierung soll hierfür dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Helfergleichstellung vorlegen. Das besagt ein Antrag aus dem Dezember, der voraussichtlich im Januar beraten wird.

Derzeit ist es so, dass rechtliche Vorgaben zur Arbeitsfreistellung bei Einsätzen oder Fortbildungen nur für Mitglieder von Einheiten oder Einrichtungen gelten, die im Katastrophenschutz anerkannt sind, etwa Regieeinheiten, Technisches Hilfswerk oder Schnelle Einsatzgruppe (SEG). Der private Arbeitgeber erhält in dem Fall auf Antrag seine Kosten für die gesamte Ausfallzeit des Mitarbeiters erstattet. Für Einheiten anderer Hilfsorganisationen wie beispielsweise dem Deutschen Roten Kreuz, der Johanniter Unfallhilfe oder den Maltesern sowie für Ein-

sätze außerhalb des Katastrophenschutzes gilt diese Freistellungsverpflichtung bislang nicht, zumindest dann nicht, wenn die Einheit nicht den Katastrophenschutzeinheiten zugeordnet ist.

Deshalb sei es notwendig, für diese Einsatzkräfte ebenfalls die soziale Sicherung nach den Vorgaben des Brandschutzgesetzes zu verankern, heißt es in dem Antrag von CDU, Grünen und FDP. Eine Dienstverpflichtung müsse durch eine gesetzliche Freistellungsverpflichtung des Arbeitgebers ermöglicht und abgesichert werden. Die Helfergleichstellung wäre „auch ein wichtiger Schritt zur Förderung des Ehrenamtes“, so die Jamaika-Koalition.

Rettungsdienste: Der Landtag hat im Oktober geschlossen für eine Neufassung des Rettungsdienstgesetzes votiert. Der Gesetzentwurf der Jamaika-Koalition soll das Schleswig-Holsteinische Rettungsdienstgesetz „an die in der EU-Richtlinie 2014/24 normierte und vom Bundesgesetzgeber übernommene Bereichsausnahme für Leistungen des Rettungsdienstes“ anpassen. So soll es den Rettungsdienstträgern künftig möglich sein, ohne eine europaweite Ausschreibung und weitere Bedingungen die Vergabe von Leistungen für den Rettungsdienst etwa an Hilfsorganisationen oder private Anbieter vorzunehmen.

Die Vergabe von Rettungsdienstleistungen wurde in den letzten Jahren intensiv diskutiert. Trotz eines Urteils des Bundesgerichtshofs vom Dezember 2008, wonach Rettungsdienstleistungen nach nationalem Recht grundsätzlich vollumfänglich dem Vergaberecht unterliegen und ausgeschrieben werden müssen, beschäftigte das Thema fortan Vergabestellen und Nachprüfungsinstanzen.

Atommüll-Endlager: Auch der Norden wäre geeignet

Deutschland sucht das Atommüll-Endlager – und große Teile Schleswig-Holsteins gelten als mögliche Standorte. Das wurde Ende Oktober im Umwelt- und Agrarausschuss deutlich, als sich die Abgeordneten mit dem Geschäftsführer der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), Stefan Studt, austauschten.

„Schleswig-Holstein hat eine viel bessere Geologie als der Bundesdurchschnitt“, betonte der SPD-Politiker und ehemalige Landesinnenminister. Zugleich unterstrich er aber: „Wir stehen ganz am Anfang.“ Die BGE hat Ende September eine Liste potenzieller Endlager-Regionen für hochradioaktive Abfälle vorgelegt. Demnach sind 90 Gebiete mit ihren tiefen Gesteinsschichten theoretisch geeignet. Diese Gebiete umfassen rund 54 Prozent der deutschen Landesfläche (siehe Karte). Vor allem Norddeutschland mit seinen Salzstöcken und Tonvorkommen gilt als möglicher Standort. Demgegenüber sei Deutschlands Südwesten mit seinen Vulkan-Regionen, Erdbebengebieten und ehemaligen Bergwerken, „wo der Boden durchlöchert ist wie ein Schweizer Käse“, größtenteils nicht geeignet, merkte Studt an.

Das Suchverfahren der BGE sei „ziemlich überzeugend“, urteilte der Grünen-Abgeordnete Bernd Voß. Lob kam auch vom Ausschussvorsitzenden, dem FDP-Abgeordneten Oliver Kumbartzky: „Transparenz ist der große Schlüssel, um bei den Bürgerinnen und Bürgern die größtmögliche Akzeptanz für das Verfahren zu erhalten.“ Allerdings, so die Befürchtung im Ausschuss, könne die Debatte emotionaler werden, je konkreter einzelne Regionen als Endlager in Frage kämen. „Kein Bundesland wird Hurra schreien“, sagte die SPD-Abgeordnete Sandra Redmann: „Es wird schwieriger werden, je mehr Gebiete man ausgrenzt.“

Hauke Göttsch (CDU) verwies auf das „Problem Hochwasser“ in Schleswig-Holstein. Er warf die Frage auf, ob das Land zwischen den Meeren wirklich in Frage komme, „wenn der Klimawandel so weiter geht“. BGE-Geschäftsführer Studt ließ diesen Einwand nicht gelten. Das Endlager solle für mindestens eine Million Jahre in Betrieb bleiben, bis die radioaktive Strahlung abgeklungen ist. „Da werden ohnehin diverse Eiszeiten reinfallen“, so Studt.

Die BGE will in einem „transparenten, lernenden Verfahren“ bis 2031 einen konkreten Vorschlag unterbreiten. Dies sei ein „äußerst ehrgeiziger Zeitplan“, so Studt. Der Bundestag muss schließlich entscheiden. Ab 2050 soll der Atommüll dann in das neue Endlager gebracht werden. Es geht um 1.046 Castor-Behälter, die derzeit in 16 Zwischenlagern aufbewahrt werden, unter anderem in den AKW Brunsbüttel, Brokdorf und Krümmel an der Elbe.



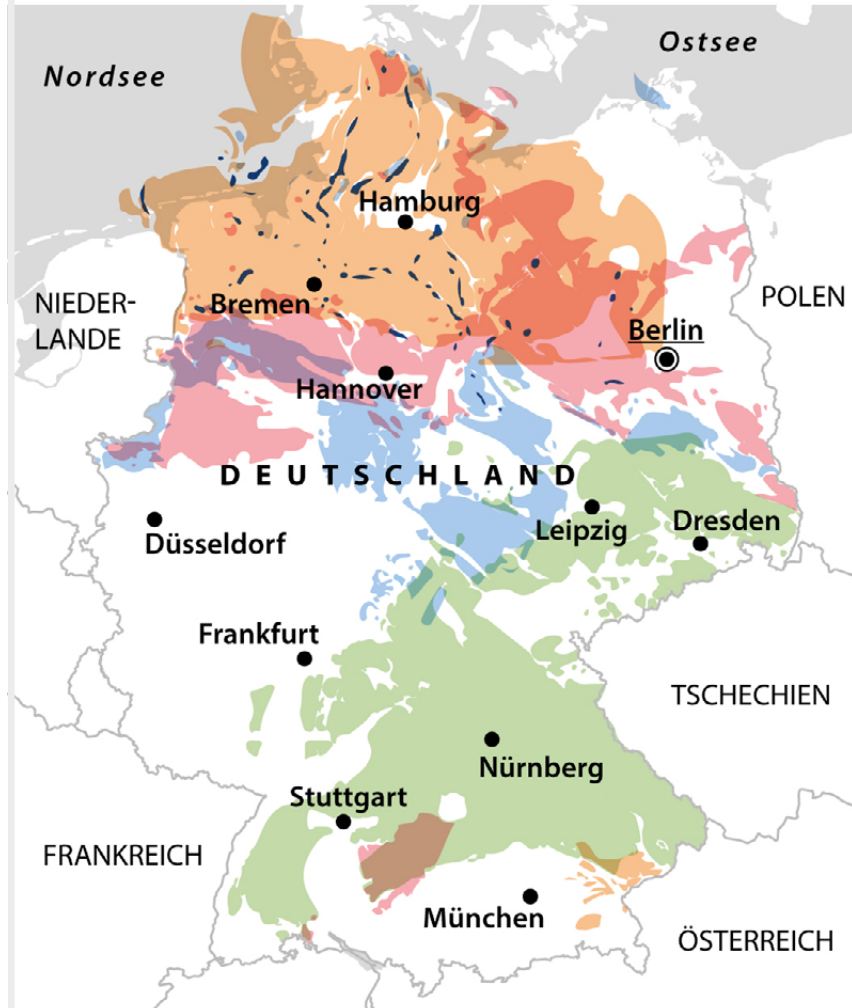
Stefan Studt, SPD-Innenminister von 2014 bis 2017, leitet seit September 2018 die Geschäftsführung der Bundesgesellschaft für Endlagerung.

Atommüll-Endlagersuche

Gebiete mit geologischen Voraussetzungen

Nach geowissenschaftlichen Abwägungskriterien wurden diese zum Teil überlappenden Gebiete mit geeignetem Wirtsgestein identifiziert:

- tertiäres Tongestein
- prätertiäres Tongestein
- Steinsalz in steiler Formation
- Steinsalz in flacher Formation
- Kristallgestein



Darstellung der Vorlage der BGE nachempfunden, nicht detailgetreu

dpa•101535

Quelle: Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE)

Auf dem Weg zum Endlager will die BGE die möglichen Standortregionen auf einer Reihe von Fachkonferenzen informieren. Die erste fand Anfang Oktober in Kassel statt und wurde im Internet übertragen. Weitere Termine sind für Februar, April und Juni 2021 geplant. Studt rief alle Bürger und die kommunal- und landespolitisch Verantwortlichen dazu auf, sich einzubringen: „Ich hoffe, dass die Bereitschaft, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen, größer wird.“ Der nächste Schritt sei eine „Einengung der Teilgebiete“. Bislang gehe „Geologie vor Geographie“, und auch Großstädte, Gewässer oder Tourismusregionen seien noch im Rennen. Diese könnten aber rausfallen, wenn es in abgelegenen Regionen gleichermaßen geeignete Bodenverhältnisse gebe.

Ende Oktober bekannte sich der Landtag in einem fraktionsübergreifenden Antrag zur gemeinsamen Verantwortung des Bundes und aller Bundesländer bei der Suche nach einem Endlager.

Teilnehmer einer Demonstration der Initiative „Querdenken 711“ tragen Alu-Hüte. Die Kopfdeckung soll laut einer Verschwörungserzählung als Schutz gegen eine vermeintliche staatliche Gedankenkontrolle dienen, die von den Kondensstreifen von Flugzeugen, sogenannten Chemtrails, ausgeht.



„Schule muss Verschwörungsmythen aufgreifen“

Mit den Corona-Schutzmaßnahmen drohe ein Abgleiten in die Diktatur, und die Menschen sollen angeblich zwangsweise geimpft oder per Handy-Strahlung manipuliert werden. Diese und ähnliche Behauptungen werden derzeit aufgestellt – auf sogenannten Hygiene-Demos und in sozialen Netzwerken wie Facebook, Twitter und Telegram. Mitte November befragte der Bildungsausschuss Experten in einer Videokonferenz zum Thema Verschwörungserzählungen. Ein Fazit: Kinder und Jugendliche sind besonders gefährdet, und sowohl die Schule als auch die Eltern sollten wachsam sein.

Laut Studien stimmen ein Viertel bis ein Drittel der Deutschen Aussagen zu wie „Geheime Organisationen haben großen Einfluss auf politische Entscheidungen“ oder „Die Regierung verschweigt der Bevölkerung die Wahrheit“. Darauf wies der Landesbeauftragte für politische Bildung, Christian Meyer-Heidemann, hin. Menschen mit „mittlerem und niedrigem Bildungsniveau“ seien besonders empfänglich. „Fast alle Jugendlichen“ hätten Kontakt zu solchen Thesen, so Meyer-Heidemann, über die sozialen Netzwerke oder auch zu Hause. Es sei eine „schwierige Situation, wenn Kinder in der Schule etwas lernen, und die Eltern behaupten am Abendbrottisch das Gegenteil“. Medienkompetenz und der kritische Umgang mit Quellen müssten deshalb im Schulunterricht eine zentrale Rolle spielen, forderte Meyer-Heidemann.

Das Bildungsministerium und das Lehrerfortbildungsinstitut IQSH hätten das Thema schon lange auf dem Schirm, berichtete Karsten Jonas, der im Ministerium für Extremismusprävention zuständig ist. Es spiele in den Fächern Geschichte, Wirtschaft/Politik und Religion eine Rolle, und es gebe Fortbildungen für Lehrer, etwa zu riskantem Medienkonsum. Ines Strehlau (Grüne) rief dazu auf, auch die Eltern einzubeziehen, „um Kinder davor zu bewahren, in die Verschwörungsecke zu geraten“. Viele Eltern seien dazu aber nicht bereit oder nicht in der Lage, merkte Jonas an.

„Keine Abgrenzung zu Rechtsextremen“

Thomas-Michael Kassun, Vorsitzender des Landespräventionsrats im Innenministerium, wies darauf hin, dass Verschwörungserzählungen oft von Antisemitismus geprägt seien. Begriffe wie „Scheindemokratie“ und „Einflussnahme des Großkapitals“ schüfen eine Verbindung vom rechten Rand in die Mitte der Gesellschaft. Der Grünen-Abgeordnete Lasse Petersdotter wies darauf hin, dass auch linke Kapitalismuskritik oftmals antijüdische Untertöne habe. Heiner Dunckel (SPD) regte mehr Besuche von Schulklassen in ehemaligen Konzentrationslagern an.

Extremisten hätten schon immer versucht, besondere Ereignisse wie die Corona-Pandemie aufzugreifen, um zu mobilisieren, berichtete der Leiter des Verfassungsschutzes,

Joachim Albrecht. Die Extremisten würden versuchen, „Machtlosigkeit und Stress“ der Menschen auszunutzen. Das Ergebnis sei auf den „Querdenker“-Demos im August in Berlin und im November in Leipzig zu sehen gewesen, so Albrecht. Rechtsextreme seien von den übrigen Teilnehmern nicht ausgegrenzt worden, sondern es sei zu einem spontanen Zusammenschluss gekommen, der zu einem gemeinsamen Regelbruch geführt habe – etwa in der allgemeinen Weigerung, auf der Demo einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen. „Das schafft ein Zusammengehörigkeitsgefühl und gleichzeitig eine Abgrenzung zum Rest der Gesellschaft“, mahnte Albrecht.

Der fraktionslose Abgeordnete Frank Brodehl wehrte sich gegen eine pauschale Kritik an den Corona-Skeptikern: „Die Leute werden in eine Ecke gedrängt, nur weil sie eine andere fachliche Meinung vertreten.“ Es müsse auch an der Schule sichergestellt werden, dass Jugendliche unterschiedliche Standpunkte zu hören bekämen. Dies dürfe aber kein Selbstzweck sein, entgegnete Tobias von der Heide (CDU). Auch Gegenpositionen zum Corona-Kurs von Landes- und Bundesregierung müssten sachlich fundiert sein. Grundsätzlich gebe es im Bildungsbereich „bereits heute ausreichend Materialien zu der Thematik“, so von der Heide, „die wir allerdings noch gezielt bewerben müssen“. Schleswig-Holstein sei insgesamt „gut auf diese neue Herausforderung vorbereitet“.

Zitate des Jahres 2020

„Von A wie Arbeitskreis bis Z wie Zitronensaft“

„Die Fiskalerbschaft, so heißt sie, kann Geld sein, es können Grundstücke, Immobilien, Fahrzeuge oder, wie in 2017, fünf lebende Schlangen sein. Das alles erben wir.“

(Finanzministerin Monika Heinold, Grüne, am 19. November in der Debatte über verwaiste Bankkonten)

„Spätestens wenn die heutigen Fridays-for-Future-Kids in einigen Jahren ihre erste eigene Stromrechnung selbst bezahlen müssen oder sich ein eigenes Auto kaufen und Mama und Papa nicht mehr alles bezahlen, kommen die heutigen Kids auch wieder zur Vernunft.“

(Jörg Nobis, AfD, am 20. November über Energiewende und Klimaschutz)



Klima-Skeptiker: Jörg Nobis (AfD)

„Ich bin Vater von drei erwachsenen Söhnen. Ich kann mich erinnern, dass sie, als sie ganz klein waren, gelegentlich argumentiert haben, wenn die Hose voll war: ‚Ich war das nicht!‘ Ähnlich überzeugend haben Sie heute auch argumentiert.“

(Ralf Stegner, SPD, am 30. Oktober über die Änderungsvorschläge der Koalition zum Kommunalen Finanzausgleich)

„Wir müssen jedoch feststellen, dass viel zu oft Lebensmittel nicht deshalb im Müll landen, weil die wirklich verdorben sind, sondern weil sie das Mindesthaltbarkeitsdatum erreicht haben. Man muss einmal klar und deutlich darauf hinweisen, dass ‚mindestens haltbar bis‘ nicht automatisch ‚sofort tödlich ab‘ bedeutet.“

(Justizminister Claus Christian Claussen, CDU, am 24. September über das sogenannte Containern von Lebensmitteln)

„Man kann nicht alle Gänsearten in eine Topf werfen – wenn Sie das bitte im übertragenen Sinne nehmen.“

(Kirsten Eickhoff-Weber, SPD, am 29. Oktober in der Debatte über die Schäden für die Landwirtschaft durch Wildgänse)

„Das ist das größte Problem Ihres Antrages, weil Sie hier zwei Dinge miteinander vermischen, die nicht zusammengehören. Das ist wie Milch und Zitronensaft, das ergibt flockige Milch, und die ist ungenießbar.“

(Jan Marcus Rossa, FDP, am 24. September über einen SPD-Antrag zum sogenannten Containern von Lebensmitteln)

„Muss ich jetzt auch noch strammstehen?“

(Wolfgang Baasch, SPD, am 20. Februar zu Wirtschaftsminister Bernd Buchholz, FDP, der ihn aufgefordert hatte: ‚Hören Sie gut zu!‘)

„Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat jetzt der Abgeordnete Lars Harms, der uns noch ein paar dänischstämmige Nutztierassen vorstellen wird.“

(Landtagspräsident Klaus Schlie am 20. Februar in der Debatte über den Erhalt seltener Tierrassen und Kulturpflanzen)

„Wenn ich die Argumentation von Frau von Sayn-Wittgenstein folgte, dann dürfte man die Katastrophe erst dann verhindern, wenn sie eingetreten ist. Wer so etwas fordert, möchte anscheinend versuchen, die Leichen auferstehen zu lassen. Das soll ja bislang nur in einem Fall gelungen sein.“

(Kai Dolgner, SPD, am 29. Oktober zur fraktionslosen Abgeordneten Doris von Sayn-Wittgenstein, die die Corona-Schutzmaßnahmen für den November als „nicht angemessen“ kritisiert hatte)

„Trotz vollmundiger Waldgipfel und Ankündigungen der Bundesministerin Julia Klöckner aus den letzten Jahren, liebe CDU, ich sage es ganz ehrlich: Am Ende zählen nicht die Gipfel, am Ende zählen die Wipfel.“

(Oliver Kumbartzky, FDP, am 18. Juni in der Debatte über Neuwaldbildung)



Gipfel-Gegner: Oliver Kumbartzky (FDP)

„Wenn de Stenografen nich allns mitkreegt hebbt, bün ik gern bereit, se dat to verkloofideln.“

(Klaus Jensen, CDU, am 26. August in der Debatte über die Rolle des Niederdeutschen)



Platt-Experte: Klaus Jensen (CDU)

„Zur Information: Die Schulferien enden am 8. August und nicht am 31. August. Ich weiß das so genau, weil ich am 8. August Geburtstag habe. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Geschenke bitte an die bekannte Adresse.“

(Serpil Midyatli, SPD, am 17. Juni in der Debatte über das Bildungssystem während der Corona-Pandemie)



Geburtstagskind: Serpil Midyatli (SPD)

„Herr Harms, mit einem Augenzwinkern könnte man auch feststellen: Wenn man Ihre ganzen Forderungen umsetzen würde, würde der Begriff Autoschieber eine ganz andere Bedeutung bekommen.“

(Oliver Kumbartzky, FDP am 22. Januar zur SSW-Forderung nach einem Tempolimit auf Autobahnen)

„Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich finde: Die unzähligen Telefon- und Videokonferenzen der letzten fünf Wochen sind wirklich kein Ersatz für dieses menschliche Miteinander. Man mag es kaum glauben: Sie und ihr alle habt mir in den letzten Wochen wirklich gefehlt. Ich hoffe, das gilt auch umgekehrt.“

(Ralf Stegner, SPD-Fraktionsvorsitzender, am 17. April während der Sondersitzung zur Corona-Krise)

„Ich war froh, dass Sie als Oppositionsführer dabei waren. Ich war aber genauso froh, dass Monika Heinold als Finanzministerin mit am Tisch sitzt. Im Übrigen war ich am frohesten darüber, dass die Rollen nicht vertauscht gewesen sind.“

(Ministerpräsident Daniel Günther, CDU, am 19. Juni an die Adresse von Oppositionsführer Ralf Stegner, SPD, der während der Corona-Krise im März an den Kabinettsitzungen teilgenommen hatte)

„Alter vor Schönheit! Ich bin älter!“

(Beate Raudies, SPD, am 20. Februar im Disput darüber, ob sie oder FDP-Fraktionschef Christopher Vogt sich zuerst für eine Zwischenfrage gemeldet hatten)

„Früher hieß es mal: Wer nicht weiterweiß, bildet einen Arbeitskreis. Heute muss es dann schon ein Kongress sein.“

(Jette Waldinger-Thiering, SSW am 22. Januar über den Plan der Koalition für einen Schülerkongress zur Bildung für nachhaltige Entwicklung)



Kongress-Kritikerin: Jette Waldinger-Thiering (Grüne)

„Ich selbst bin seit vielen Jahren Karstadt-, also Kaufhauskunde. Das hat mit meiner Kindheit zu tun. Man ist damals in diesen Kaufhäusern aufgewachsen.“

(Andreas Tietze, Grüne, am 27. August in der Debatte über Kaufhausschließungen in den Innenstädten)

„Was hat dieser Antrag denn nun wirklich in irgendeiner Weise mit Tiefgaragen zu tun? Der hat tatsächlich etwas mit Tiefgaragen zu tun, denn Tiefgaragen sind unterirdisch, und dieser Antrag ist auch unterirdisch.“

(Lars Harms, SSW, am 20. Februar zum AfD-Antrag über Brandschutz in Garagen und Parkhäusern)

„Herr Dr. Stegner, ich freue mich, dass Sie sich auf einen intellektuellen Zweikampf mit mir einlassen wollen. Aber Sie kommen unbewaffnet!“

(Lukas Kilian, CDU, am 30. Oktober zum SPD-Fraktionsvorsitzenden)

„Herbert Wehner pflegte zu sagen: An guten Tagen stimme ich zu 50 Prozent mit den Aussagen meiner Partei überein.“

(Burkhard Peters, Grüne, am 24. September über den langjährigen SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag)



Wehner-Bewunderer: Burkhard Peters (Grüne)

„Herr Abgeordneter, ich habe mir aufgrund Ihrer intensiven Gestik schon Sorgen gemacht, dass unsere Mikrofone in Mitleidenschaft gezogen werden. Aber es ist alles gut gegangen.“

(Landtagspräsident Klaus Schlie am 23. Januar zum FDP-Abgeordneten Stephan Holowaty)

Auch 2020 häufig „Heiterkeit“

Die Plenarprotokolle des Landtages vermerken auch im Jahr 2020 häufig „Heiterkeit“ über humorvolle Wortbeiträge. Insgesamt 177 Mal taucht dieser Hinweis zwischen Januar und Ende November auf. Spitzenreiter ist Landtagspräsident Klaus Schlie, dessen geschäftsleitende Bemerkungen 24 Mal für „Heiterkeit“ sorgten. Unter den Abgeordneten liegen Kai Dolgner (SPD) und FDP-Fraktionschef Christopher Vogt mit je zehn Mal „Heiterkeit“ vorne, im Kabinett führt Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP) mit neun Lachern die Liste an. Insgesamt 46 Abgeordneten und Ministern gelang es, „Heiterkeit“ hervorzurufen.

Der Land-Tag in Leichter Sprache

Alle Menschen sollen verstehen was im Land-Tag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter Sprache. Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, Lesen und Verstehen.

Viele Menschen können auch nicht so gut Deutsch. Deswegen werden schwere Wörter erklärt. Die Macher von dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte Sprache zu schreiben.

Nachrichten für Menschen mit Behinderung

Im Internet gibt es ein neues Angebot für Menschen mit Behinderung. Es heißt IM BLICK.

IM BLICK bietet Informationen in Leichter Sprache und Informationen für Menschen die nicht gut hören können. Alle Menschen müssen Bescheid wissen was in der Welt passiert. Das ist in der Corona-Zeit besonders wichtig. Das sagt Ulrich Hase. Er ist Beauftragter für Menschen mit Behinderung. Er hat IM BLICK zusammen mit vielen Partnern und mit der Landes-Regierung gestartet. IM BLICK gibt es im Internet auf der YouTube-Seite vom Landes-Beauftragten für Menschen mit Behinderung. Erst YouTube eingeben. Und dann LB SH in das Feld wo Suchen steht.

Auch in anderen Bundes-Ländern gibt es Landes-Beauftragte für Menschen mit Behinderung.

Die Beauftragten treffen sich jedes Jahr. Dieses Jahr haben sie sich wegen Corona in einer Video-Konferenz getroffen. Die Beauftragten haben aufgeschrieben was sie zusammen erreichen wollen. Sie fordern: In fünf Jahren sollen alle Fernseh-Sendungen Unter-Titel haben. Also eine Schrift für Menschen die nicht gut hören können.

Sie fordern auch: In fünf Jahren sollen Nachrichten-Sendungen immer einen Gebärden-Dolmetscher haben. Also jemanden der den Text in Zeichen-Sprache übersetzt. Auch das hilft Menschen die nicht gut hören können. Und die Beauftragten fordern: Alle Nachrichten-Sendungen sollen auch in Leichter Sprache sein. Sie sagen: Das muss so sein wegen der Behindertenrechts-Konvention von den Vereinten Nationen.



Die Sendung IM BLICK auf YouTube

Erklärung:

Die Behindertenrechts-Konvention

Die Vereinten Nationen sind 193 Länder aus der ganzen Welt. Sie haben gemeinsam beschlossen: Menschen mit Behinderung haben die gleichen Rechte wie Menschen ohne Behinderung. Menschen mit Behinderung sollen genau so gut am Leben teilnehmen können wie Menschen ohne Behinderung. Das steht in der Behindertenrechts-Konvention. Auch Deutschland hat die Behindertenrechts-Konvention unterschrieben.

Landesverfassungsgericht: Christoph Brüning, Professor für Öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaften an der Kieler Universität, ist im November zum Präsidenten des Landesverfassungsgerichts gewählt worden. Der 53-Jährige ist seit Februar 2018 Vizepräsident am Schleswiger Gericht und löst zum Jahreswechsel Bernhard Flor ab, dessen Amtszeit nach zwölf Jahren endet. Brüning wurde bis zum 31. Dezember 2026 gewählt. Das Parlament wählte insgesamt acht Mitglieder des Verfassungsgerichts. Für den gemeinsamen Wahlvorschlag stimmten 67 der 69 anwesenden Abgeordneten.

Es gab zwei Gegenstimmen. Damit wurde die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit in geheimer Wahl erreicht. Neue Vizepräsidentin ist die Präsidentin des Landessozialgerichts Christine Fuchsloch für die Zeit bis Ende 2032. Als ihr Stellvertreter fungiert bis April 2029 Carsten Löbber, Präsident des Amtsgerichts Lübeck. Sabine Wudtke, Vizepräsidentin des Landgerichts Itzehoe, und Silke Schneider, Präsidentin des Landgerichts Lübeck, sind ebenfalls neue Verfassungsrichterinnen. Als Stellvertreter wurden die Rechtsanwältin Silke Reimer (für Wudtke), Marc Petit, Vorsitzender Richter am Landgericht Lübeck (für Schneider)

und Holger Bruhn, Vorsitzender Richter am Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgericht (für Verfassungsrichter Achim Theis) gewählt. Für alle Vorgenannten ist eine Amtszeit bis Ende 2032 vorgesehen.



Frisch gewählt: S. Schneider, H. Bruhn, C. Fuchsloch, C. Löbber, C. Brüning, S. Reimer, S. Wudtke, M. Petit (v. li.)

Runde Geburtstage

Jürgen Busack aus Lübeck, von 1967 bis 1983 für die SPD im Landtag, hat am 29. Oktober seinen 85. Geburtstag gefeiert.

Rainer Ute Harms aus Bilsen (Kreis Pinneberg), von 1971 bis 1988 für die CDU im Landtag, hat am 6. Oktober seinen 80. Geburtstag gefeiert.

Uwe Eichelberg aus Großhansdorf (Kreis Stormarn), von 1996 bis 2005 für die CDU im Landtag, hat am 22. November seinen 80. Geburtstag gefeiert.

Max Stich aus Flensburg, von 1975 bis 1992 für die CDU im Landtag, hat am 24. November seinen 80. Geburtstag gefeiert.

Peter Eichstädt aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg, von 2000 bis 2017 für die SPD im Landtag, hat am 17. Oktober seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Herzlichen Glückwunsch!

Blickpunkt Bundestag 2021

Wolfgang Kubicki, langjähriger FDP-Fraktionsvorsitzender im Landtag und seit 2017 Bundestagsabgeordneter und Bundestagsvizepräsident, ist erneut Direktkandidat im Wahlkreis Steinburg/Dithmarschen-Süd/Bad Bramstedt. +++ **Ralf Stegner**, SPD-Fraktionschef, tritt als Direktkandidat im Wahlkreis Pinneberg an.

Trauer um Thomas Lorenzen, Neithart Neitzel und Uwe Gunnesson

Mit Schweigeminuten hat der Landtag im November dreier verstorbener langjähriger Abgeordneter gedacht.

Thomas Lorenzen ist am 28. Oktober im Alter von 80 Jahren verstorben. Der CDU-Politiker gehörte dem Landtag von 1979 bis 1992 an. Lorenzen habe „zeitlebens ein Gestaltungswille“ angetrieben, und er sei „mit Entschiedenheit, aber auch mit viel Herz und Humor“ für seine Überzeugungen eingetreten, so Landtagspräsident Klaus Schlie. Neben seiner landespolitischen

Tätigkeit war Lorenzen unter anderem 34 Jahre Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Meyn (Kreis Schleswig-Flensburg).

Am 10. November ist **Neithart Neitzel** im Alter von 77 Jahren verstorben. Der Jurist gehörte der FDP-Fraktion von 1975 bis 1983 sowie von 1987 bis 1988 an. Von 1980 bis 1983 war er Fraktionsvorsitzender der Liberalen. Von 1990 bis 1994 war Neitzel Staatssekretär im Sozialministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, anschließend ließ er sich als Rechtsanwalt in Berlin nieder.

Der FDP-Politiker sei „ein überzeugter und überzeugender Liberaler“ gewesen, so Landtagsvizepräsidentin Annabell Krämer.

Uwe Gunnesson, SPD-Abgeordneter von 1976 bis 1992, starb am 21. November im Alter von 85 Jahren. Der Diplom-Handelslehrer aus Flensburg habe sich einen Ruf als „ausgesprochen kompetenter und gewissenhafter Parlamentarier gemacht“, so Landtagspräsident Schlie. Insbesondere im Bereich der Verkehrspolitik habe Gunnesson über die Fraktionsgrenzen hinweg „als Institution“ gegolten.



W? !? Nachgehakt

Wie wirken sich die Beschlüsse des Landtages konkret aus?
In dieser Serie zeigen wir Beispiele.

Erstmals Special-Olympics-Landesspiele

Im November 2018 hat sich der Landtag einmütig dafür eingesetzt, auch auf Landesebene Special-Olympics-Wettkämpfe auszugetragen. Anlass für den Appell an Landesregierung und Sportverbände waren die deutschlandweiten Spiele für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung im Mai 2018 in Kiel. Diese seien ein herausragender Beitrag zur Inklusion im Sport gewesen.

Ende Oktober gab das Innenministerium bekannt, dass die ersten Special-Olympics-



Beachvolleyball bei den Special Olympics 2018 in Kiel

Landesspiele vom 12. bis 15. Mai 2021 in Kiel an den Start gehen sollen. Unter dem Motto „Gemeinsam stark“ soll das Uni-Sportforum Schauplatz der Wettbewerbe von 650 Athleten in zehn Sportarten sein – von Badminton über Leichtathletik bis Tischtennis. Dazu ist ein vielfältiges Rahmenprogramm geplant. Das Land fördert das Projekt mit 130.000 Euro.

In der Oktober-Sitzung gab es breiten Zuspruch. Dies sei „ein klares Signal für die positive Entwicklung der sportlichen Inklusion in der Gesellschaft und in der Region“, sagte Jörg Hansen (FDP).

Berlin soll Werften helfen

Die Empörung war groß, als das Bundesverteidigungsministerium den milliardenschweren Auftrag zum Bau des Kampfschiffs „MKS 180“ im Januar an ein niederländisches Konsortium vergab – und nicht an die Kieler Werften German Naval Yards und ThyssenKrupp Marine Systems. Der Landtag stimmte Ende Januar einstimmig für einen überfraktionellen Dringlichkeitsantrag mit einem Bekenntnis zum Schiffbau in Schleswig-Holstein. Es geht um rund 6.000 Arbeitsplätze im Lande.



Schiffbau an der Kieler Förde

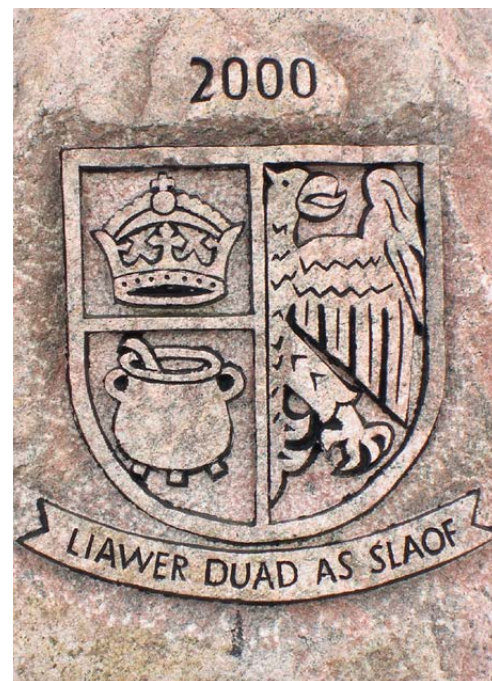
Konkret forderten die Abgeordneten den Bund auf, den Marine-Überwasserschiffbau zur nationalen Schlüsseltechnologie zu erklären. Mit dieser Einstufung müssen Aufträge nicht mehr europaweit ausgeschrieben werden. Mitte Februar folgte das Bundeskabinett den dringenden Appellen von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften.

Im Oktober riefen Redner aller Fraktionen das Verteidigungsministerium auf, Taten folgen zu lassen und Aufträge an die Werften im Lande zu vergeben. Denn die Betriebe sind von der Corona-Pandemie hart getroffen worden. Analysten rechnen damit, dass der Schiffbau weltweit im kommenden Jahr um bis zu 70 Prozent zurückgehen wird (**siehe auch Seite 31**).

Regionalsprachen werden gestärkt

Gleichstellung der dänischen Schulen, Unterricht auf Friesisch und Plattdeutsch, mehrsprachige Ortsschilder – Schleswig-Holstein hat in den vergangenen Jahren viel getan, um die Vorgaben der Charta der Regional- oder Minderheitensprachen des Europarats zu erfüllen. Das wurde nun bundes- und europaweit anerkannt.

Der Bundesrat verabschiedete im September einstimmig eine Verordnung der Bundesregierung, mit der Deutschland die „Schutzpflichten“ des Landes Schleswig-Holstein beim Europarat nachmeldet. Dazu gehört auch die Möglichkeit, dass Verwaltungsbehörden ihre Schriftstücke in Dänisch und Friesisch abfassen, und die Verpflichtung des Landes, den Zugang zu Literatur und Filmen auf Dänisch zu fördern, beispielsweise durch Übersetzung, Untertitelung und Nachsynchronisation.



Friesischer Gedenkstein auf Hallig Langeness

Der Landtag hatte die Erweiterung der Schutzliste im Juni 2019 einstimmig angeregt. Grundlage war ein Antrag von SSW und SPD. Die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen aus dem Jahr 1992 hat das Ziel, kleinere Sprachen als einzigartigen Bestandteil des kulturellen Erbes zu bewahren.



Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landshauses herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiter der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können. Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111. Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



Foer, Jonathan Safran: Wir sind das Klima! Wie wir unseren Planeten schon beim Frühstück retten können. 2. Aufl.

Köln: Kiepenheuer & Witsch 2019. 327 S.

Der amerikanische Autor Jonathan Safran Foer widmet sich dem komplexen Thema Klimawandel auf sehr persönliche und überraschende Weise. Er erzählt unterhaltsam und lehrreich von vielen gelungenen Beispielen gemeinsamen Handelns, die beweisen, dass man zusammen viel erreichen kann. Um der Massentierhaltung, einem der größten CO₂- und Methangasproduzenten, zu Leibe zu rücken, zeigt er einen Lösungsansatz auf, der niemandem zu viel abverlangt, der aber trotzdem sehr wirkungsvoll ist: Tierische Produkte nur einmal täglich zur Hauptmahlzeit. Ein Lösungsansatz, den jeder sofort in die Tat umsetzen kann.



Torsten Körner: In der Männer-Republik. Wie Frauen die Politik eroberten. 2. Aufl. Köln: Kiepenheuer & Witsch 2020. 361 S.

Es brauchte einen Sitzstreik von CDU-Frauen vor dem Kabinettsaal, bevor Kanzler Konrad Adenauer Elisabeth Schwarzhaupt 1961 als erste Ministerin berief. Erst viele Jahre später war Helmut Kohl bereit, mit Rita Süßmuth wieder eine Frau in die Ministerriege aufzunehmen. Als in den Achtzigerjahren mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag der Feminismus auf die politische Tagesordnung trat, gab es Hohngelächter, und selbst Angela Merkel schlug in ihren Anfangsjahren männliche Ignoranz entgegen. Torsten Körner erzählt informativ und unterhaltsam, wie sich mutige und starke Frauen in der Männerdomäne Bundestag durchsetzten.



Rositta Beck: Home-Office. Erfolgreich von zu Hause arbeiten.

Paderborn: Junfermann Verlag 2019. 158 S.

Dem Thema Home-Office kommt aktuell eine enorm wachsende Bedeutung zu. Die Expertin für Arbeitsorganisation Rositta Beck zeigt in ihrem gut strukturierten und informativen Ratgeber, wie es von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite aus mit dem Home-Office funktionieren kann. Führungskräfte erfahren alles Wesentliche zu gesetzlichen Regelungen und neuen Modellen der Führung, die nicht mehr auf Präsenz beruhen, und Arbeitnehmern wird aufgezeigt, auf welche Aspekte beim Einrichten eines Arbeitsplatzes im Wohnbereich geachtet werden muss und wie in den eigenen vier Wänden eine Arbeitsroutine entwickelt werden kann.

Zweimal Lesestoff

Das Theaterstück „Amphibien“ stand im Frühjahr 2020 im Zentrum der Feierlichkeiten zum 100. Jubiläum der deutsch-dänischen Grenze. Jetzt liegt der Text des „Abstimmungsschauspiels“, das auf dem Roman „Riß durchs Festland“ von Uwe Pörksen beruht, in Buchform vor. Auf 75 DIN-A5-Seiten gibt es Dialoge, Regieanweisungen und Bilder von den Aufführungen nördlich und südlich der Grenze. Im September hat der Landtag das zweite Abenteuer der „Förde-Detektive“ veröffentlicht. Daraufhin haben viele Interessierte sich auch nach dem ersten Teil erkundigt, der 2019 unter dem Titel „Gift im Nord-Ostsee-Kanal“ erschienen ist. Wegen der großen Nachfrage wird das Buch neu aufgelegt. Es ist ab Ende Februar erhältlich.

Beide Veröffentlichungen erhalten Sie unter bestellungen@landtag.ltsh.de

Impressum

Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Referat für Öffentlichkeitsarbeit,
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Johannes Utzolino (V.i.S.d.P.)
Tel. 0431/988-1268, johannes.utzolino@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)
Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Yvonne Windel (stellv. Redakteurin)
Tel. 0431/988-1122, yvonne.windel@landtag.ltsh.de

Fotos:

Regina Baltschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Yvonne Windel, Detlef Ziep, Janine Wergin, Vivien Albers, Anna Gellner, Amelie Berg, Johannes Utzolino, Archiv des Landtages, Landesarchiv Schleswig, dpa-Bildfunk, Landesbibliothek 28568, WolkeScript/pixelio.de, Oke Jens, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Junfermann-Verlag

Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de;
Titelseite: Amatik, Boninstraße 63, 24114 Kiel

Gestaltung, Layout:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de;

Herstellung, Druck:

AlsterWerk MedienService GmbH
Billstraße 103, 20539 Hamburg

Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)
Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit,
L1415, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1639,
Fax 0431/988-1119, bestellung@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 11. Dezember 2020

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de

Abgeordnete persönlich



Birgit Herdejürgen, SPD
geboren am 15. April 1965 in
Nordenham,
Diplom-Sozialökonomin,
evangelisch, verheiratet

Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Kein besonderes Erlebnis. Das war eher ein schleicher Prozess. Ich hatte immer schon Spaß daran, Dinge selbst zu regeln und, wenn nötig, zu verändern.“

Was wollten Sie als Kind werden?

„Anfangs Robin Hood, etwas später dann Tierärztin.“

Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Abhängig von den Lehrkräften sehr unterschiedlich. Über die Schulzeit gesehen Deutsch, Englisch, Kunst.“

Was war Ihr allererster Job?

„Off-Set-Druckerin während des Studiums.“

Was macht Sie wütend?

„Heuchelei und Dummerhaftigkeit.“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Die aktive Gestaltung technologischer Entwicklungen, ohne dass einzelne zurückgelassen werden. Home-Schooling unter gleichen Bedingungen für alle. E-Mobilität auch in der Fläche. Keine weitere Blockade beim Ausbau erneuerbarer Energien. Infrastruktur für Wasserstofftechnologien. Mir fällt ganz viel ein – zu lesen bald im Wahlprogramm der SPD.“



Hartmut Hamerich, CDU
geboren am 2. April 1955
in Lübeck,
Landwirt, Fotograf,
verheiratet, zwei Kinder

Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Mein Großvater war 20 Jahre Bürgervorsteher in der Gemeinde Stockelsdorf, dadurch war ich ein wenig geprägt, mich einzumischen. Nachdem ich mich mehrfach auf politischen Stammtischen eingemischt hatte, wurde ich unmissverständlich aufgefordert: Kritisiere nicht nur, sondern mach mit. Damit fing alles an.“

Was wollten Sie als Kind werden?

„Mein Traum war es, zur See zu fahren. Ich bin allerdings ganz froh, dass das nicht ernsthaft verfolgt worden ist, ich bin doch eher eine Landratte.“

Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Mathematik und Physik.“

Was war Ihr allererster Job?

„Ich habe in unserem Dorf sehr gerne auf den benachbarten Bauernhöfen geholfen und damit mein Taschengeld aufgebessert.“

Was macht Sie wütend?

„Vorurteile, Intoleranz, Gleichgültigkeit und Ungeduld.“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Wir müssen mehr agieren, statt zu reagieren. Wir müssen schneller Innovationen umsetzen und zum Beispiel auch Infrastrukturprojekte, Digitalisierung und flächendeckenden Breitbandausbau zügiger vorantreiben.“



Prof. Vello Pettai ist seit März 2020 Direktor des Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen (European Centre for Minority Issues, ECMI) in Flensburg. Ende September war der estnische Politikwissenschaftler zum Antrittsbesuch bei Landtagspräsident Klaus Schlie.



Der Kieler Molekularbiologe Prof. Philip Rosenstiel war per Video zugeschaltet, als der Landtag einen Tag lang Experten zur Corona-Pandemie anhörte. Mehr auf den Seiten 6 und 7.



Etwa 200 Werftarbeiter aus ganz Schleswig-Holstein demonstrierten Ende Oktober für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Auch im Plenarsaal war der Schiffbau Thema (siehe Seite 28).

Zu Besuch im Landeshaus



Rund 50 Drittklässler von der Grundschule an den Salzwiesen in Schönberg (Kreis Plön) waren Ende September dabei, als der neue Band der „Förde-Detektive“ im Plenarsaal vorgestellt wurde. Die Schulkinder lauschten gespannt einer Lesung und nahmen ein Exemplar des Buches mit nach Hause. Die „Förde-Detektive“ kombinieren Abenteuer und politische Bildung.



Die Eingangshalle des Landeshauses ist seit Anfang Dezember weihnachtlich geschmückt. Die Redaktion wünscht eine schöne Adventszeit, besinnliche Feiertage, einen guten Rutsch und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2021!

Termine, Termine, Termine ...

Offene Besucherabende im Landeshaus

Die Öffentlichkeitsarbeit des Landtages lädt auch 2021 zum Offenen Besucherabend. An elf Montagen stehen der Plenarsaal und weitere zentrale Bereiche des historischen Gebäudes offen. Drei Führungen sind auf Plattdeutsch und werden vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund angeboten. Das Programm dauert gut eine Stunde und beginnt um 18:00 Uhr im Eingangsbereich. Voranmeldungen sind nicht erforderlich. Nur ihren Personalausweis sollten Gäste dabei haben.

Die Termine: 22. Februar, 22. März, 19. April, 14. Juni (op Platt), 21. Juni, 2. August (op Platt), 30. August, 27. September, 25. Oktober, 1. November (op Platt), 29. November.

Ob die Termine stattfinden können, steht aktuell im Internet: www.sh-landtag.de, Rubrik „Service“, Stichworte „Landtagsbesuch“, „Einzelpersonen“.

Die Bürgerbeauftragte vor Ort

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, plant auch im Winter Außensprechstage, um Bürger vor Ort zu beraten. Ob die Termine tatsächlich stattfinden können, steht aktuell im Internet: www.sh-landtag.de, Rubrik „Beauftragte“.

Geplant sind folgende Termine:

Dienstag, 19. Januar: Heide
Donnerstag, 4. Februar: Lübeck
Dienstag, 16. Februar: Heide
Donnerstag, 4. März: Lübeck
Dienstag, 16. März: Heide

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 16:00 Uhr.

Termine in **Heide** im Bürgerhaus, Neue Anlage 5, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988-1240. Zudem ist eine persönliche Beratung in der Dienststelle im Karolinenweg 1 in Kiel nach telefonischer Anmeldung möglich. Und: Zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr sowie mittwochs bis 18.30 Uhr gibt es weiterhin eine Beratung am Telefon – zu Fragen des Sozialrechts wie auch zu den weiteren Zuständigkeiten der Bürgerbeauftragten (Polizeibeauftragte, Antidiskriminierungsstelle und Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche).

Grenzland-Ausstellung: neuer Termin

Die Ausstellung „Vom Grenzkampf zur kulturellen Freiheit – 100 Jahre Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland“ soll von Februar bis April 2021 nachgeholt werden. Das Gemeinschaftsprojekt anlässlich des Jubiläumsjahrs der deutsch-dänischen Grenzziehung musste im Frühjahr 2020 wegen der Corona-Pandemie verschoben werden.

Die Ausstellung wird gemeinsam vom Danevirke Museum in Dannewerk bei Schleswig und vom Deutschen Museum Nordschleswig in Sonderburg ausgerichtet. Für den Februar ist eine Eröffnungsveranstaltung geplant, die je nach Pandemie-Lage als Livestream oder mit Publikum vor Ort stattfinden soll.

Bitte informieren Sie sich aktuell über die genauen Termine auf www.sh-landtag.de



Pro-dänische und pro-deutsche Plakate zur Volksabstimmung 1920